

GESELLSCHAFTSFORSCHUNG

2025

Aktuelle Themen und Nachrichten

2 Standpunkt

Das Kita-Paradox: Wie der Betreuungsausbau soziale Ungleichheit verstärkt
Leon Wansleben

Ewige Reformbaustelle:
Ungleichheiten bei
Immobilieideals
Hanna Doose

6 Presseschau

Forschung des MPIfG
in den Medien

8 Schwerpunkt

Wo Reichtum herkommt –
und bleibt
Daria Tisch

13 Thema

Summer School for Women
in Political Economy
Leonie Fernholz

16 Nachrichten

20 Neuerscheinungen

23, 32 Veranstaltungen

Konferenzberichte und
Vorschau 2026

28 Freunde und Ehemalige

40. Jubiläum des MPIfG

31 Impressum



Schwerpunkt
Wo Reichtum herkommt

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



Standpunkt

Das Kita-Paradox

Wie der Betreuungsausbau soziale Ungleichheit verstärkt

Wie ist es möglich, dass der Ausbau sozialer Infrastruktur Ungleichheiten verstärkt? Dieses Paradox zeigt sich bei der Ausweitung der Betreuungs- und Bildungsangebote für ein- bis dreijährige Kinder in Deutschland. Versorgungsungleichheiten in diesem Bereich gibt es schon lange. Doch seit der Einführung des Rechtsanspruchs auf Betreuungs-

plätze ab dem zweiten Lebensjahr durch den Bundestag 2008 haben diese Unterschiede zugunsten bessergestellter Familien und zulasten solcher mit geringen Einkommen, niedriger Bildung und Migrationshintergrund zugenommen. Diese Entwicklung ist besonders besorgniserregend vor dem Hintergrund hartnäckiger und teilweise sogar wachsender Ungleichheiten in Bildungs- und Karriereverläufen. Studien zeigen immer wieder, dass mehr Kitaplätze die Berufschancen von Müttern verbessern und gute Bildungsangebote die Entwicklungschancen von Kindern fördern – insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien.

Lange hieß es, Betreuungsungleichheiten seien vor allem auf unterschiedliche kulturelle Präferenzen und Bedürfnisse zurückzuführen. Familien mit Migrationshintergrund und niedrigen Bildungsabschlüssen – so die Unterstellung – orientieren sich eher an konservativen Rollenbildern und Erziehungsmodellen: Mütter bleiben lieber zu Hause bei den Kindern. Empirische Befunde widersprechen aber der Annahme, dass solche Präferenzen und Normen den Ausschlag geben. Auch scheinen die Betreuungskosten für Familien zumindest in Deutschland die Ungleichheiten nur bedingt zu erklären. Zwar müssen Eltern in den allermeisten Kommunen eigene (oft einkommensabhängige) Beiträge zusätzlich zur staatlichen Finanzierung zahlen, doch die Ärmsten sind von den Gebühren befreit. Versorgungsungleichheiten gibt es

auch in Kommunen wie Berlin, wo keine Elternbeiträge anfallen.

Eine Studie, die ich zusammen mit Kollegen vom Institut der deutschen Wirtschaft durchgeführt habe, untersucht einen anderen Aspekt. In den vergangenen Jahren haben vor allem gemeinnützige freie und konfessionelle Träger die erhöhte Betreuungsnachfrage gedeckt, während die Bedeutung kommunaler Kitas zurückgegangen ist. Theoretisch sollten Kommunen im Rahmen der Bedarfsplanung steuern, wo die freien und konfessionellen Träger neue Kitas eröffnen, und dabei auch „sozialräumliche Besonderheiten, wie die adäquate Versorgung von sozial oder wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungskreisen“ berücksichtigen, wie es etwa im Kinderbildungsgesetz von Nordrhein-Westfalen heißt. Doch bei einem generellen Platzmangel und rapide steigender Nachfrage geschieht dies offenbar nur unzureichend. Stattdessen konzentrieren sich die Träger in einer generellen Mangellage auf bessergestellte Familien.

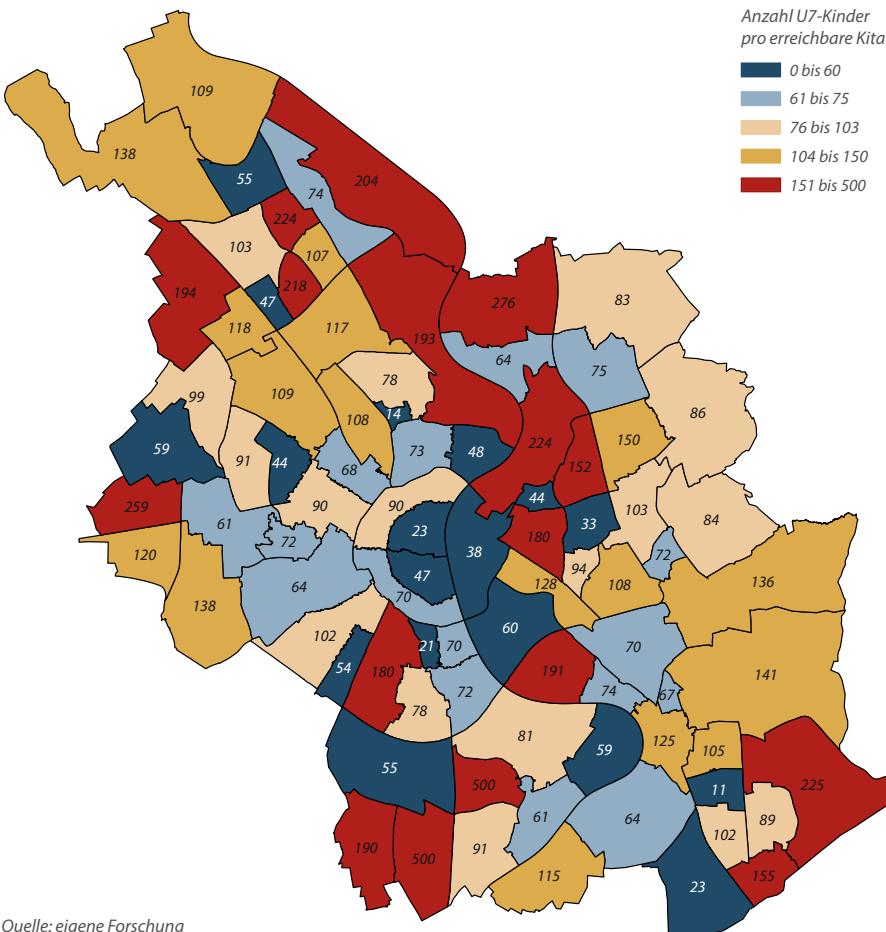
Unsere Studie verwendet eine innovative Methode. Da keine umfassenden öffentlichen Statistiken zu den Versorgungsmustern vorliegen, haben wir die Standorte von Kitas unterschiedlicher Träger über Google Maps ermittelt. Auf diese Weise haben wir 17.099 Kitas in 2.613 Quartieren der 52 größten deutschen Städte identifiziert. Die Stadtforchung zeigt, dass urbane Quartiere in Hinblick



Leon Wansleben

ist seit 2019 Leiter der Forschungsgruppe „Umstrittene Ökologien“ am MPIfG. Seine aktuelle Forschung konzentriert sich auf die ökologische Transformation und untersucht, wie Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft gemeinsame Zukunftsbilder für eine klimaneutrale Transformation entwickeln und in Strategien und Investitionen übersetzen.

Forschungsinteressen: Staatssoziologie; Dekarbonisierung; kollektive Erwartungen



Quelle: eigene Forschung

Kita-Abdeckung in Köln. In Köln variiert die Zahl der Kinder pro erreichbare Kita je nach Stadtviertel deutlich: von unter 60 bis zu 500 Kinder. Einrichtungen freier und konfessioneller Träger siedeln sich vor allem in Quartieren mit besser situierter Familien an. So werden Versorgungsungleichheiten verstärkt.

auf ihre sozioökonomische Zusammensetzung stetig homogener werden – die Segregation zwischen Stadtteilen nimmt zu. Für unsere Analyse nutzen wir Daten der „innerstädtischen Raumbeobachtung“ des BBSR und untersuchen, wie hoch der Anteil der Sozialhilfeempfänger in einem Quartier ist, in dem sich eine Kita ansiedelt. Da es für Familien, und gerade für solche mit wenig Ressourcen, entscheidend ist, eine Kita in der Nähe zu finden, beeinflusst der jeweilige Stand-

ort der Kita stark, welche Bevölkerungsgruppen diese nutzen können.

Unser Befund ist klar: Die Kitas der zunehmend wichtigen freien und konfessionellen Träger siedeln sich vor allem in Quartieren mit besser situierten Familien an, während sie Quartiere mit vielen sozial schwächeren Haushalten meiden. Dadurch entstehen erhebliche Versorgungungleichheiten zwischen Haushalten, die in sozial unterschiedlich entwickelten Quartieren leben.

Für Familien mit wenig Ressourcen ist es entscheidend, eine Kita in der Nähe zu finden.

Zum Weiterlesen

Matthias Diermeier, Jan Engler,
Melinda Fremerey, Leon Wansleben

Sozioökonomische Segregation und Kitaversorgung: Eine georeferenzierte Analyse deutscher

**Referenzierte Analyse deutscher
Städte.** MPIfG Discussion Paper 25/6.
Köln: Max-Planck-Institut für Gesell-
schaftsforschung, 2025.

Eric Klinenberg

Palaces for the People: How to Build a More Equal and United Society.

New York: Penguin Random House, 2020.

Wim Van Lancker, Joris Ghysels
Explaining Patterns of Inequality in Childcare Service Use across 31 Developed Economies: A Welfare State Perspective. International Journal of Comparative Sociology 57 (5): 310–37 (2026).

können aber nicht ihre Beweggründe erklären. Befragungen und Beobachtungen deuten jedoch darauf hin, dass die Ungleichheitsmuster aus Überlastung auf mehreren Ebenen entstehen. Die kommunale Bedarfsplanung ist schwach und bevorzugt offenbar Gruppen, die ihre Interessen am wirksamsten artikulieren können. Freie und konfessionelle Träger wählen bei Personalmangel und -überlastung eher Standorte, wo der Problemdruck schwächer ist und sie Eltern einfacher zur Unterstützung gewinnen können.

So entsteht aus einer erwünschten Entwicklung eine unerwünschte Nebenfolge: verstärkte Ungleichheit zwischen den Schichten – bedenklich für die gesamte Gesellschaft. Denn bei wachsenden Ungleichheiten in Bildungs- und Karrierechancen wird die Ausweitung der Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder aus benachteiligten Familien immer wichtiger. Die Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und im Bund müssen handeln.

Standpunkt

Ewige Reformbaustelle

Ungleichheiten bei Immobiliendeals

Im Jahr 2021 übernahm Deutschlands größtes Immobilienunternehmen Vono-via den zweitgrößten Konkurrenten Deutsche Wohnen – ohne einen Cent Grunderwerbsteuer zu zahlen. Die dahinterstehende Kaufkonstruktion, die vor allem Großunternehmen nutzen können, sorgt immer wieder für Schlagzeilen: So beim schleppenden Wohnungsbauprojekt im Düsseldorfer Glasmacherviertel, das die LEG von der Adler Group unter Umgehung des kommunalen Vor-

kaufsrechts erwarb. Beide Beispiele funktionieren über Anteilstäufe, sogenannte Share Deals. Bereits zum dritten Mal in Folge versprechen Bundesregierungen in ihren Koalitionsverträgen, diese Schlupflöcher zu schließen. Seit 2015 hat es immer wieder Initiativen gegeben, auch auf Länderebene, um Share Deals bei Immobilien, inklusive landwirtschaftlicher Flächen, einzuschränken. Die aktuelle Koalition will das kommunale Vorkaufsrecht, das Recht von Städten und Gemeinden, beim Verkauf bestimmter Grundstücke als Käufer einzuspringen, dadurch stärken, dass sie die Umgehung durch Share Deals unterbindet. Doch was sind Share Deals und warum fällt es der Politik so schwer, sie zu begrenzen?

Bei Immobilientransaktionen gibt es zwei gängige Varianten: Asset Deals und Share Deals. Beim Asset Deal geht das Eigentum an einer Immobilie, sei es ein Grundstück oder ein Gebäude, auf eine

Änderung im Grundbuch – die Gesellschaft bleibt rechtliche Eigentümerin, selbst wenn 99 Prozent ihrer Anteile an neue Investoren gehen. Faktisch können die neuen Anteilshalter aber trotzdem das Sagen haben.

Asset Deals lösen die Grunderwerbsteuer aus (3,5 bis 6,5 Prozent des Kaufpreises, je nach Bundesland), die in die Haushaltssachen der Länder fließt. Share Deals, die ohne Änderung im Grundbuch ablaufen, können die Steuer und das kommunale Vorkaufsrecht umgehen sowie Eigentumsverhältnisse verschleieren. Nicht alle Share Deals verfolgen diese Absichten. Allerdings schaffen diese Vorteile erhebliche Anreize für größere Unternehmen, die sich die aufwendige Abwicklung leisten können. Privatpersonen sind beim Kauf von Immobilien meist auf Asset Deals angewiesen, die deutlich weniger Expertise erfordern und kostengünstiger sind. So ent-

**Hanna Doose**

ist seit 2025 Postdoktorandin am MPIfG. Ihre Forschung konzentriert sich auf Land als Vermögenswert und Anlagenklasse und dessen Auswirkungen auf politische und ökonomische Machtstrukturen institutioneller Eigentümer.

Forschungsinteressen: Vergleichende Politische Ökonomie; Grundbesitz- und Eigentumsstrukturen; Finanzialisierung; Geschäftsmacht; urbane Politik

Share Deals bieten großen Unternehmen Vorteile, zu denen einzelne Käufer keinen Zugang haben.

andere Partei über, was eine Änderung im Grundbuch erfordert. Anders der Share Deal: Hier kauft ein Investor nicht die Immobilie selbst, sondern Anteile an der Gesellschaft, die die Immobilie besitzt. Diese Konstruktion umgeht eine

steht ein Zwei-Klassen-System: Große Konzerne haben Möglichkeiten, die Steuer zu umgehen, normale Käufer zahlen.

Nach der Reform aus dem Jahr 2021, die eigentlich fast niemanden zufrie-



Mit sogenannten Share Deals können Unternehmen Grundstücke erwerben, ohne Grunderwerbsteuer zu zahlen. Das politische Zögern, dieses Schlupfloch zu schließen, hat spürbare Folgen – für Mieter, private Eigentümer und die Stadtentwicklung.

denstellte, stehen Share Deals nun also erneut als reformbedürftig im Koalitionsvertrag. Die vorherige Bundesregierung hatte zwar einen Gesetzentwurf zur Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts vorgelegt, aber nicht mehr verabschiedet. Einige Länder, wie Hamburg, legten eigene Gesetzentwürfe vor. Eine umfassende Lösung blieb dennoch aus.

Aber warum beißen sich die Parteien seit Jahren die Zähne an dem Thema aus? Die Gründe dafür sind vielschichtig – und nicht nur, weil die deutsche Gesetzgebung zu Share Deals ein Paragrafenschungel ist. Immobilientransaktionen wie auch Anteilkäufe sind für das Funktionieren unseres Wirtschaftssystems so grundlegend, dass eine passgenauere Regulierung mit dem bisherigen Ansatz unzählige Spezifizierungen benötigt. Nur so lässt sich verhindern, dass Unternehmen ohne Steuervermei-

dungsabsicht unter verschärften Regeln leiden. Zudem scheut die Politik – mit einigen Ausnahmen links der SPD – die wirklich grundlegenden Fragen: Ab wann gilt jemand als Eigentümer eines Grundstücks, mit allen Rechten, aber auch Pflichten wie Steuern? Entscheidet der Grundbucheintrag oder genügt ein Prozentsatz an Anteilen?

Dieses politische Zögern hat längst reale Konsequenzen: für das Kräfteverhältnis zwischen Mietern, privaten Eigentümern und großen Immobilienunternehmen, für landwirtschaftliche Besitzstrukturen, für die Haushaltssachen der Länder und für die Stadtentwicklung. Die Bedeutung großer Finanzakteure am städtischen Wohnungsmarkt wächst, und mit jeder Verzögerung wechseln weitere Grundstücke den Besitzer, ohne dass Kommunen dabei ihre Pläne zum Erhalt bezahlbaren Wohnraums und zum Wohnungsbau umsetzen können. In Zeiten einer

Wohnungskrise in deutschen Großstädten sind jetzt sowohl mutige Reformen als auch offene Debatten über Eigentum und Steuergerechtigkeit nötig – und zwar schnell.

Zum Weiterlesen

Hanna Doose

Losing Ground: Business Power, Standardized Assets and the Regulation of Land Acquisition Taxes in Germany and Sweden. Socio-Economic Review 22 (2): 765–85 (2024).

Jorim Gerrard, Uwe Zöllner,
Michael Peters

Rendite mit der Miete: Wie die Finanzmärkte die Wohnungskrise in Deutschland befeuern. Berlin: Finanzwende Recherche, 2023.
<https://tinyurl.com/ImmobReport2023>

Forschung des MPIfG in den Medien

Franziska Wiest

Erben: Das bleibt in der Familie!

brand eins | 29. November 2025

Wie sichern Deutschlands reichste Familien ihren Reichtum über Generationen? Franziska Wiest hat einen einzigartigen Datenschatz erschlossen: Interviews mit mehr als 30 Familien, deren Vermögen jeweils mindestens 100 Millionen Euro beträgt – den obersten 0,01 Prozent der deutschen Bevölkerung. Ihre wichtige Erkenntnis: „Familien spielen eine zentrale Rolle dabei, Kapital zu akkumulieren, denn Menschen sind sterblich, aber ihr Geld ist es nicht.“ Wiest zeigt, wie ein Geflecht aus Partnerschaften und familiären Bindungen die extreme Vermögensungleichheit in Deutschland stabilisiert. Während die Mittelschicht über das Reihenendhaus streitet, entscheiden Superreiche über Milliarden und zahlen dabei oft weniger oder gar keine Steuern. Bis zu 400 Milliarden Euro werden künftig jährlich vererbt. Das Erbe gilt nicht als Geschenk, sondern als Pflicht: „Wer sich vom Vermögen abwendet, wendet sich auch von der Familie ab“, sagt Wiest.

<https://tinyurl.com/Wiest-brandeins2025>

Karen Lillie

Leben im Schweizer Luxus-Internat

Focus Online | 27. November 2025

128.000 Schweizer Franken pro Jahr, Anreise im Privatjet: Karen Lillie verbrachte 15 Monate an der Leysin American School, einem Schweizer Luxus-Internat. Ihre Erkenntnisse widersprechen dem Anspruch der Schule, „Weltbürger“ zu formen. „Die Schüler entwickelten sich eher zu national geprägten Bürgern innerhalb einer globalisierten Wirtschaft“, so Lillie. Nationale Zugehörigkeit prägt den Schulalltag, nur beim Aufbau künftiger Geschäftsnetzwerke überwinden die Schüler nationale Grenzen. Lillies Forschung zeigt: Eliteschulen reproduzieren Privilegien effektiv – eine „globale Elite“ entsteht dabei nicht.

<https://tinyurl.com/Lillie-FocusOnl-2025>

Carola Westermeier

Europas Internet am seidenen Faden

ORF | 20. November 2025

Europas digitale Infrastruktur läuft größtenteils über Rechenzentren von Microsoft, Amazon und Google und ist damit zur geopolitischen Schwachstelle geworden. Dass die USA digitale Zugänge gezielt kappen können, zeigte sich bereits: Als US-Präsident Trump den IStGH-Chefkläger Karim Khan sanktionierte, verlor dieser auch seinen E-Mail-Account – „von amerikanischen Anbietern zur Verfügung gestellt“, erklärt Carola Westermeier. Während Europa über digitale Souveränität diskutiert, fließen weiterhin Milliardenbeträge nach Silicon Valley.

<https://tinyurl.com/Westermeier-ORF>

Jens Beckert

Von den Vorteilen einer Erbschaft

sollten alle profitieren

frings. Das Misereor-Magazin

20. November 2025

Bis zu 400 Milliarden Euro werden in Deutschland jährlich vererbt, wobei zunehmend die Herkunft über Lebenschancen entscheidet. Die oberen zehn Prozent besitzen fast zwei Drittel des Privatvermögens, die untere Hälfte praktisch nichts, erläutert Jens Beckert im Interview. Besonders brisant ist, dass Betriebsvermögen weitgehend steuerfrei bleibt, große Erben zahlen nur zwei Prozent Steuern – ein „Erb-Adel“ entsteht. Beckerts Antwort auf die Ungleichheitskrise: ein Grunderbe von 60.000 Euro für alle jungen Erwachsenen, um „die Vorteile von Erbschaften zu demokratisieren“.

<https://tinyurl.com/Beckert-FringsMisereor>

Martin Höpner

Spielball der Weltmächte

Frankfurter Allgemeine Zeitung

14. November 2025

Europa steckt in der Falle: militärisch schwach, technologisch abhängig, politisch gelähmt. Während China und die USA strategische Märkte dominieren, verwaltet die EU ihre Bedeutungslosigkeit. Der Draghi-Bericht forderte 800 Milliarden Euro – passiert ist wenig. Das Problem: Jahrelange Integration durch Recht statt Demokratie provozierte populistischen Widerstand. Nun blockiert das Einstimmigkeitsprinzip jede Reform. Für Martin Höpner ist klar: Die EU hat nicht die Kraft für eine Neuordnung. Realistischer seien strategische Zusammenschlüsse einzelner Staaten.

Hannah Pool

Geld für ein gefährliches Spiel

Frankfurter Allgemeine Zeitung

13. November 2025

7.000 Dollar für die Flucht von Iran nach Europa: Wie bringen Menschen mit 300 bis 400 Dollar Monatseinkommen diese Summe auf? Hannah Pool begleitete für ihre mehrfach ausgezeichnete Dissertation afghanische Flüchtlinge auf der Balkanroute. Ihre Forschung zeigt: Die Flucht wird zur Kreditgemeinschaft. Verwandte leihen Geld, unterwegs springt die Gruppe füreinander ein. In Deutschland erleben viele die regionale Zerstreuung durch den Königsteiner Schlüssel als schmerzhafte Isolation – nach der engen Solidarität der Flucht folgt die Einsamkeit im Rechtsstaat.

<https://tinyurl.com/Pool-FAZ-2025>

Isabell Stamm, Eva Maria Gajek

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Reichenliste

Manager Magazin | 9. Oktober 2025

Zum 25. Mal erscheint die Liste der 500 reichsten Deutschen im Manager Magazin – ein einzigartiger Seismograf für Erfolg und Misserfolg in der deutschen Wirtschaft. Längst dient sie Instituten wie dem MPIfG als Forschungsgrundlage, denn Hochvermögende beteiligen sich kaum an Umfragen. Die ehemaligen MPIfG-Wissenschaftlerinnen Isabell Stamm und Eva Maria Gajek etwa zeichneten am Beispiel Essens nach, wie reiche Familien systematisch städtischen Raum prägen und ihren sozialen Einfluss mit wachsendem Vermögen ausweiten.

<https://tinyurl.com/Stamm-Gajek-MM>

Pálma Polyák

Schlüsseltechnologie mit Nebenwirkungen

Deutschlandfunk | 16. September 2025

Ohne Batterien keine Energiewende – doch die grüne Schlüsseltechnologie hat problematische Nebenwirkungen. Während Europa mit neuen Gigafactories unabhängiger von China werden will, wachsen die Sorgen um Wasserverbrauch und Chemikalien. Besonders in ohnehin wasserarmen Regionen wie Debrecen in Ungarn oder Grünheide in Brandenburg wird die Produktion zum Problem, erklärt Pálma Polyák in einem Artikel des *Deutschlandfunks*. Hoffnung machen neue Ansätze: Trockenbeschichtung spart giftige Lösungsmittel, Natrium-Batterien kommen ohne knappes Lithium aus und Second-Life-Konzepte verlängern die Lebensdauer gebrauchter Akkus erheblich. Die Frage bleibt: Kann die Batterieindustrie schnell genug nachhaltig werden?

<https://tinyurl.com/Polyak-DLF-2025>

Dustin Voss

Die Macht von Blackrock, Vanguard & Co

mpg.de | 11. September 2025

BlackRock, Vanguard und State Street besitzen über zehn Prozent der DAX Anteile und sind in vielen Unternehmen größte Anteilseigner. Mit verwalteten Vermögen von rund 12 Billionen US-Dollar üben sie stillschweigend Einfluss auf Unternehmensführung, Preise und Politik aus. Ihr wachsender Machtbereich wirft drängende Fragen nach Transparenz, Marktverzerrungen und systemischen Risiken auf. Der Beitrag auf mpg.de beschäftigt sich mit Dustin Voss' Veröffentlichung zum Thema "Sectors versus borders: interest group cleavages and struggles over corporate governance in the age of asset management".

<https://tinyurl.com/Voss-MPG-de>

Karen Lillie

Die Schulprobleme der Superreichen

Der Standard | 6. September 2025

130.000 Euro kostet ein Schuljahr an der Schweizer Leysin American School – das können sich nur wenige leisten. Doch Geld macht nicht glücklich. Das zeigt eine Studie von Karen Lillie, Soziologin am MPIfG: Die Jugendlichen der globalen Elite leiden trotz unbegrenzter Möglichkeiten unter chronischer Langeweile. Ein Paradox des Reichtums, das Lillies Forschung erstmals soziologisch durchleuchtet. Manche Absolventen erleben zudem Rassismus oder geopolitische Verwerfungen, die das vermeintlich grenzenlose Privileg relativieren.

<https://tinyurl.com/Lillie-Standard-2025>

Leon Wansleben

Übersehene Katastrophe: In prekären Stadtvierteln sind Kitaplätze rar

Frankfurter Allgemeine Zeitung

22. August 2025

Wohlhabende Quartiere haben zwei- bis viermal mehr Kitaplätze als sozial benachteiligte Viertel. Leon Wansleben und Ko-Autoren vom Institut der deutschen Wirtschaft zeigen auf Basis von Daten zu über 66.000 Kitas, wie freie und konfessionelle Träger gezielt Stadtteile mit größeren sozialen Herausforderungen meiden. Diese Träger stellen inzwischen zwei Drittel aller Plätze. Die Folge: 300.000 fehlende Kitaplätze treffen ausgerechnet jene Kinder, die am stärksten von frühkindlicher Förderung profitieren würden.

<https://tinyurl.com/Wansleben-FAZ-2025>

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter

www.mpifg.de/mpifg-in-medien

Schwerpunkt Wo Reichtum herkommt – und bleibt

Reichtum in Deutschland ist stark konzentriert – und oft tief in der Geschichte verwurzelt. Einige der größten Privatvermögen sind bis heute im Besitz von Familien, die schon vor über 100 Jahren Teil der ökonomischen Elite waren. Dieser dynastische Reichtum, der politische Umbrüche, Weltkriege und wirtschaftliche Krisen überdauert hat, wirft grundlegende Fragen nach Chancengleichheit, Machtverhältnissen und der Rolle von Erbschaften auf.

In Deutschland konzentrieren sich die größten Vermögen auf wenige Familien. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen etwa 67 Prozent des gesamten Privatvermögens. Das reichste Prozent hält rund 35 Prozent, während die allerreichsten 0,1 Prozent sogar bis zu 20 Prozent auf sich vereinen. Gleichzeitig verfügt rund die Hälfte der Bevölkerung über kaum oder gar keine finanziellen Rücklagen – viele Menschen sind sogar verschuldet. Diese gravierende Ungleichverteilung hat zur Folge, dass Vermögen für verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Funktionen hat. Für Menschen mit wenig finanziellen Mitteln dient es in erster Linie als Altersvorsorge oder als Polster für schwierige Zeiten. Wer mehr besitzt, kann sich davon praktische

Güter leisten, wie Wohneigentum oder ein Auto. Vermögen ermöglicht außerdem gesellschaftliche Teilhabe, zum Beispiel durch Ausgaben für Freizeitaktivitäten und Bildung. Je weiter oben in der Vermögensverteilung, desto größer ist auch die Transferfunktion von Vermögen: Eltern können es als Schenkung oder Erbschaft direkt an ihre Nachkommen weitergeben und ihnen bessere Startchancen im Leben verschaffen –

etwa beim Erwerb von Wohneigentum, der Finanzierung von Ausbildung oder der Gründung eines Unternehmens. Für die Reichen der Gesellschaft bedeutet Vermögen schließlich nicht nur Sicherheit oder Lebensqualität, sondern vor allem Einfluss: Es verschafft ökonomische Macht und häufig gesellschaftlichen sowie politischen Gestaltungsspielraum.

Reichtum bedeutet Einfluss: Er verschafft ökonomische Macht und politischen Gestaltungsspielraum.

Wer Hunderte Millionen Euro besitzt, kontrolliert oft Unternehmen und entscheidet damit auch über Tausende Arbeitsplätze. Superreiche prägen durch Spenden, Lobbyarbeit oder eigene Medienunternehmen die öffentliche Meinung und üben Druck auf die Politik aus. Ihr umfangreicher Immobilienbesitz verschafft ihnen zusätzlichen Einfluss: Durch ihre Investitionsstrategien gestal-



Der Hamburger Logistikunternehmer und Investor Klaus-Michael Kühne (2. v. l.) gehört mit einem geschätzten Vermögen von 36 Milliarden US-Dollar seit vielen Jahrzehnten zu den reichsten Deutschen. Er führt in dritter Generation das Familienunternehmen Kühne+Nagel, das unter seiner Führung zu einem der größten Speditionsunternehmen der Welt aufgestiegen ist. Am 1. Juli 2015 trägt er sich im Hamburger Rathaus an der Seite des damaligen Hamburger Oberbürgermeisters und späteren Bundeskanzlers Olaf Scholz in das Goldene Buch der Stadt ein. Anlass ist das 125-jährige Firmenjubiläum von Kühne+Nagel.

ten sie die Entwicklung von Städten mit, bestimmen Mietpreise und suchen aus, wer ihre Wohnungen mieten darf. Die Soziologen Aaron Reeves und Sam Friedman argumentieren in ihrem aktuellen Buch *Born to Rule*, dass der soziale Hintergrund der Elite ausschlaggebend dafür ist, wie sie auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einwirkt. Dabei geht es nicht nur um die Superreichen der Gegenwart. Eliten prägen über Jahrzehnte hinweg die politischen und gesellschaftlichen Spielregeln – Regeln, die große Vermögen schützen und die gegenwärtige Ungleichheit zementieren. Deshalb stellt sich die Frage: Welche historischen Wurzeln haben Deutschlands größte Vermögen?

Die Wurzeln heutiger deutscher Spitzenvermögen

Verlässliche Informationen über Superreiche sind allerdings schwer zu bekommen. Zum einen sind sie in sozialwis-

senschaftlichen Befragungen stark unterrepräsentiert, zum anderen verhalten sich Superreiche bei finanziellen Themen noch zurückhaltender als der übrige Teil der Bevölkerung. Um nicht nur auf Umfragen angewiesen zu sein, nutzen Forschende seit einigen Jahren sogenannte Reichenlisten, um große Vermögen wissenschaftlich zu untersuchen. Diese erstellen meist Medienhäuser. Sie beruhen auf journalistischen Recherchen in Archiven und Handelsregistern sowie auf Gesprächen mit Vermögensverwaltern und Anwälten. In Deutschland veröffentlicht das *Manager Magazin* regelmäßig solche Verzeichnisse. 2019 erschien eine der bislang umfangreichsten Aufstellungen: die reichsten 1.032 Familien.

Für die Untersuchung der deutschen Vermögenselite können wir zusätzlich auf Reichenlisten von vor über 100 Jahren zurückgreifen. Rudolf Martin,

Superreiche äußern sich zu finanziellen Themen noch zurückhaltender als die restliche Bevölkerung.



Daria Tisch

ist seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIfG. Ihre Forschungsschwerpunkte sind ökonomische Ungleichheiten, insbesondere Vermögensungleichheiten und die Rolle der Familie bei der Aufrechterhaltung von Reichtum über Generationen. Ihr aktuelles Projekt analysiert Charakteristika superreicher Individuen und Familien in Deutschland sowie die langfristige Kontinuität großer Vermögen seit dem Kaiserreich.

Forschungsinteressen: Vermögensungleichheiten; Familiensoziologie; Geschlechterungleichheiten; quantitative Methoden

Etwa 8 Prozent der größten Privatvermögen unserer Zeit lassen sich auf Reichtum zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zurückführen.

ein ehemaliger preußischer Beamter, veröffentlichte von 1911 bis 1914 Jahrbücher, in denen er Namen, Adressen, Einkommen und Vermögen der deutschen Millionäre dokumentierte. Während das aktuelle Vermögensranking auf ausführlichen Recherchen und Schätzungen beruht, konnte Rudolf Martin auf Zahlen der amtlichen Steuerstatistik zurückgreifen. Insgesamt führte er über 4.500 Personen auf, die über 2 Millionen Reichsmark besaßen. Dies entspricht ungefähr den reichsten 0,01 Prozent der damaligen Bevölkerung. Die Veröffentlichung dieser Aufstellung löste damals einen Skandal aus – schließlich gewährten sie erstmals Einblicke in die ökonomische Elite, wie die Historikerin Eva Maria Gajek in ihrer Forschung zeigt.

Erstaunliche Kontinuität trotz historischer Umbrüche

In einer meritokratischen Gesellschaft sollte sich die Zusammensetzung der ökonomischen Elite im Laufe von 100 Jahren stark verändern: Reich werden jeweils diejenigen, die über besondere Fähigkeiten verfügen, die größten

Risiken eingehen oder die erfolgreichsten Innovationen hervorbringen. Für Deutschland würde man zudem erwarten, dass sowohl die beiden Weltkriege als auch die politischen Umbrüche und wirtschaftlichen Krisen des 20. Jahrhunderts bestehende Vermögen zerstört haben. Selbst ein einziger Nachfahre von Mitgliedern der Reichenliste von 1912 im aktuellen Ranking wäre statistisch bemerkenswert. Doch die Realität sieht anders aus: Etwa 8 Prozent der 1.032 größten Privatvermögen unserer Zeit lassen sich auf Reichtum zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zurückführen. Mit anderen Worten: Die Vorfahren von 82 Familien, die im aktuellen Verzeichnis stehen, gehörten bereits 1912 zu den allerreichsten Deutschen. Diese historische Kontinuität zeigt sich auch in umgekehrter Richtung: Von den ungefähr 4.500 reichsten Personen Anfang des 20. Jahrhunderts haben mindestens 5 Prozent Nachfahren auf der aktuellen Reichenliste. Noch erstaunlicher: Von den 884 reichsten Personen von damals – diejenigen, die über 6 Millionen Reichsmark besaßen –

haben sogar rund 10 Prozent Nachkommen, die gegenwärtig zu den reichsten 0,01 Prozent gehören. Die restlichen 90 Prozent sind natürlich auch nicht zwingend verarmt, sie haben es nur nicht auf das 2019er Ranking der Superreichen geschafft. Diese Beständigkeit erscheint erstaunlich hoch angesichts der historischen Umbrüche, die Deutschland in diesem Zeitraum geprägt haben: zwei Weltkriege, der Holocaust sowie die systematische Enteignung jüdischen Eigentums, Wirtschaftskrisen, mehrere Währungsreformen und Regimewechsel.

Auch die Gründungsjahre der Unternehmen verraten etwas über die Wurzeln derzeitiger superreicher Familien. Abbildung 1 zeigt, dass über ein Drittel der Unternehmen, die hinter den 1.032 größten Vermögen stehen, bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegründet wurden. Manche waren damals schon erfolgreich. August Oetker zählte dank seiner erfolgreichen Vermarktung des Backpulvers bereits 1912 zu den reichsten Personen. Seine Nachfahren sind noch immer auf der Reichenliste vertreten und das Unternehmen längst weit über das Backpulver hinaus bekannt. Andere Unternehmen hingegen erzeugten damals noch keinen großen Reichtum. Das Unternehmen der Familie Deichmann etwa, inzwischen einer der größten Schuhhändler Europas, geht auf einen Schuhmacherladen zurück, der bereits 1913 eröffnet wurde. Obwohl die Familie damals noch nicht reich war, legte Heinrich Deichmann den Grundstein für den späteren Aufstieg zu einer der reichsten Unternehmerfamilien.

Die Familie als Bollwerk des Reichtums

Die Familie spielt eine wichtige Rolle bei der Kontinuität von großen Vermögen. Neben direkten Vermögensübertragungen zwischen Generationen gibt es noch einen weiteren Mechanismus: Durch Heirat entstehen strategische Allianzen zwischen Vermögensdynastien – eine Art der Sicherung des Reichtums, die schon vom Adel gerne genutzt wurde.

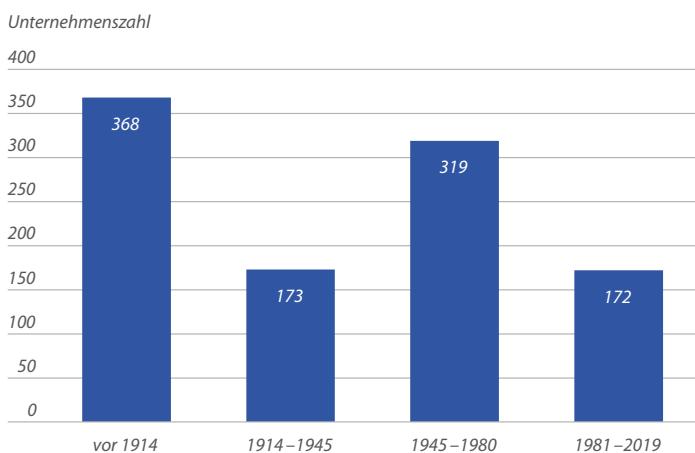


Abbildung 1: Verteilung der Gründungsjahre der Unternehmen. Über ein Drittel der Unternehmen, die hinter den 1.032 größten Vermögen stehen, wurden bereits vor dem Ersten Weltkrieg gegründet. Quelle: eigene Forschung.

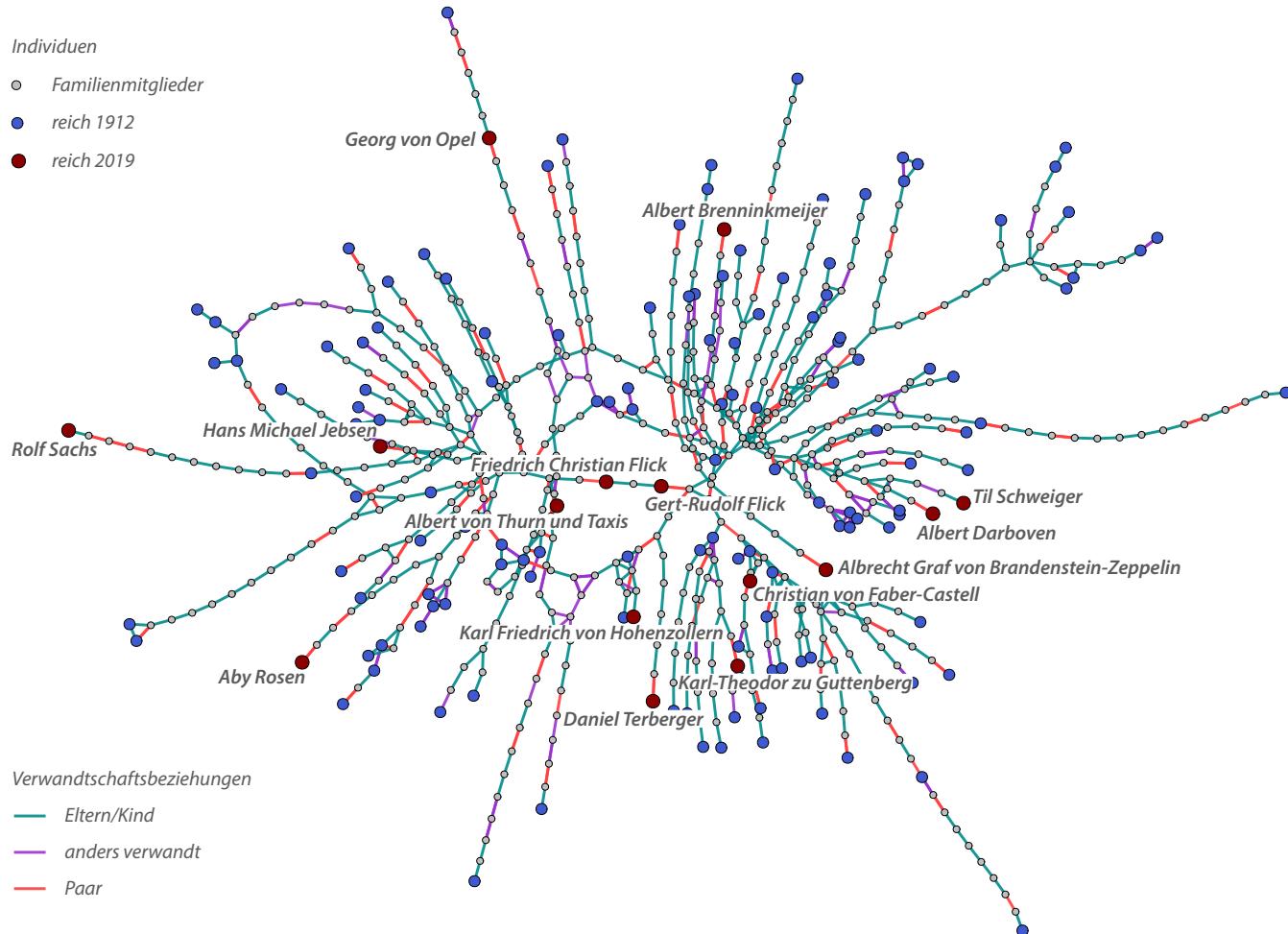


Abbildung 2: Die verborgenen Wege großer Vermögen. Familiäre Beziehungen, insbesondere Ehen, spielen eine wichtige Rolle dabei, Vermögen über Generationen hinweg zu erhalten. Meist wird es von den Eltern an die Kinder weitergegeben, oft aber auch durch Heirat. Dabei ist altes Vermögen, vor allem das des Adels, auch mit jüngerem Vermögen familiär verflochten. Quelle: eigene Forschung.

Auch wenn moderne Ehen meist nicht rein strategisch geschlossen werden, ist eine Partnerwahl innerhalb der gleichen sozialen Schicht („Heirats-Homogenie“) in den obersten Gesellschaftsschichten besonders verbreitet. Das verstärkt die Vermögensungleichheit zusätzlich. Selbst unter den vermögendsten 0,01 Prozent lassen sich Heiratslinien zwischen Familien finden. Abbildung 2

Durch Heirat entstehen strategische Allianzen zwischen Vermögensdynastien.

veranschaulicht die generationenübergreifende Vernetzung einiger Mitglieder der damaligen und heutigen Reichenlisten. Die Verbindungslinien zeigen Verwandtschaftsbeziehungen; blaue Punkte markieren Personen auf der Reichenliste von 1912, rote Punkte Personen auf der aktuellen Reichenliste. In einer offenen Gesellschaft mit zufälligen Heiraten entstehen solche Familiennetzwerke nicht. Ein derart überzufälliges Netzwerk deutet deshalb auf soziale Schließung hin.

Folgen dynastischer Vermögensweitergabe

Die dynastische Weitergabe großer Vermögen in Deutschland trägt zur langfristigen Konzentration wirtschaftlicher

Ressourcen in wenigen Familien bei. Durch vererbte Privilegien und exklusive Netzwerke verfestigen sich bestehende Machtstrukturen. Diese Dynamiken wirken sich nicht nur auf soziale Ungleichheiten im Allgemeinen, sondern auch auf geschlechterspezifische Ungleichheiten aus. Weitere Forschung am MPIfG zeigt nämlich: Väter geben große Vermögen, insbesondere Unternehmensanteile, häufiger an ihre Söhne als an ihre Töchter weiter. Dadurch verstärken sich bestehende Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Vermögen und wirtschaftlichen Einfluss weiter.

Deshalb diskutieren Wissenschaft und Politik verschiedene Reformansätze. Dazu



Im Jahr 2014 erklärte das Bundesverfassungsgericht Teile der Erbschaftssteuerregelungen für verfassungswidrig. Derzeit beschäftigt sich das Gericht erneut mit der Reform der Erbschaftssteuer, ein Urteil wird 2026 erwartet.

gehören zwei zentrale Instrumente: die Einführung oder Reaktivierung einer Vermögenssteuer sowie eine Überarbeitung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Laut MPIfG-Forschung lehnt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zwar die Erbschaftssteuer ab, steht aber einer Steuer auf hohe Privatver-

mögen positiv gegenüber – solange sie nicht selbst davon betroffen ist.

Deutschlands Spaltenvermögen sind also historisch verwurzelt. Das verdeutlicht: Ökonomische Ungleichheiten entstehen nicht nur im Hier und Jetzt, sondern schreiben sich über Generationen

fort. Um die dahinterliegenden Mechanismen besser zu verstehen und fundierte politische Antworten zu entwickeln, muss die Wissenschaft hier systematisch ansetzen – insbesondere bei den bislang wenig sichtbaren Verbindungen zwischen Vermögen und gesellschaftlicher Macht in Deutschland.

Zum Weiterlesen

Jens Beckert, H. Lukas R. Arndt

Verdient – Unverdient: Der öffentliche Diskurs um die Erbschaftssteuer in Deutschland und Österreich. Berliner Journal für Soziologie 27 (2): 271–91 (2017).

Jens Beckert

Durable Wealth: Institutions, Mechanisms, and Practices of Wealth Perpetuation. Annual Review of Sociology 48 (1): 233–55 (2022).

Eva Maria Gajek

Sichtbarmachung von Reichtum: Das Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen. Archiv für Sozialgeschichte 54: 79–108 (2014).

Hanna Kuusela

Learning to Own: Cross-Generational Meanings of Wealth and Class-Making in Wealthy Finnish Families. The Sociological Review 66 (6): 1161–76 (2018).

Aaron Reeves, Sam Friedman

Born to Rule: The Making and Remaking of the British Elite. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2024.

Manuel Schecht, Daria Tisch

Tax Principles, Policy Feedback and Self-Interest: Cross-National Experimental Evidence on Wealth Tax Preferences. Socio-Economic Review 22 (1): 279–300 (2024).

Daria Tisch, Emma Ischinsky

Top Wealth and Its Historical Origins: Identifying Entrenched Fortunes by Linking Rich Lists over 100 Years. Socius 9, published online September 7 (2023).

Daria Tisch, Manuel Schecht

The Gender (Tax) Gap in Parental Transfers: Evidence from Administrative Inheritance and Gift Tax Data. Socio-Economic Review 23 (2): 671–94 (2025).

Ria Wilken

Marrying a Billionaire: Studying US American Billionaires' Family Biographies Using the Forbes World's Billionaires List, 2010–2022. Review of Economics of the Household 23: 707–35 (2025).

Ein Ort der Selbstermächtigung und der Zugehörigkeit

Vom 22. bis zum 25. September 2025 fand am MPIfG die zweite „Max Planck Summer School for Women in Political Economy“ statt. Die Konferenzreihe verfolgt zwei Ziele: Sie will ein Netzwerk von Forscherinnen in der Politischen Ökonomie aufbauen und geschlechtsspezifische Ungleichheiten verringern. Leonie Fernholz, Doktorandin am MPIfG, teilt hier ihre Eindrücke aus einer Woche voller Workshops, Kompetenztrainings und Diskussionsrunden.

Nach vier Tagen voller Sessions, Vorträge und Paneldiskussionen stand für mich fest: Die zweite Max Planck Summer School for Women in Political Economy war nicht nur ein Ort der Selbstermächtigung, sondern vermittelte auch ein Gefühl der Zugehörigkeit und der Verbundenheit für die rund 35 Teilnehmerinnen und Vortragenden. Wir erkannten: Als Frauen sind wir Teil der Politischen Ökonomie und können die Disziplin aktiv mitgestalten – sowohl in der Wahl unserer Forschungsthemen als auch in der Art und Weise, wie wir kommunizieren. So vermittelte die Veranstaltung eine ermutigende Sicht auf akademische Karrieren und zeigte, dass Frauen in diesem Feld erfolgreich sind und Professuren erreichen können, ohne sich verstellen oder auf Familie verzichten zu müssen. Gleichzeitig wurden Herausforderungen offen angesprochen und eine Atmosphäre des Vertrauens und der Unterstützung geschaffen.

Als Frauen sind wir Teil der Politischen Ökonomie und können die Disziplin mitgestalten.

Schon bei der Einführung setzte Organisatorin *Pálma Polyák* (MPIfG) den Ton. Sie sprach offen über ihre positiven Erfahrungen bei der ersten Summer School – ein starker Kontrast zu der Diskriminierung, die sie, wie viele andere Frauen, auf männlich dominierten Konferenzen erlebt hat. Außerdem hob Polyák ihr zivilgesellschaftliches und politisches Engagement hervor und ermutigte damit viele Teilnehmerinnen, von ähnlichen Initiativen zu berichten. So sahen wir deutlich, wie sehr Frauen in der Politischen Ökonomie daran mitarbeiten, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken und unsere Welt zum Besseren zu gestalten. Dies war bemerkenswert, da wir als Gruppe ausgesprochen vielfältig waren: Die Teilnehmerinnen kamen von verschiedenen Kontinenten, befanden sich in unterschiedlichen Phasen ihrer akademischen Laufbahn – vom ersten Promotionsjahr bis zur frühen Postdoc-Phase – und arbeiteten zu vielfältigen Forschungsthemen, mit Methoden von Ethnografie bis hin zu Umfrageexperimenten. Alle lachten, als Pálma Polyáks Mitorganisator *Dustin Voss* (MPIfG) meinte, er wisse nun, wie es sich anfühle, der einzige Mann im Raum zu sein, nämlich „seltsam“. Es war ein erheiternder und offenbender Moment zugleich und ein treffender Hinweis darauf, wie sich viele Frauen in

der Politischen Ökonomie oft fühlen. In dieser Summer School war das anders: Ich fühlte mich nicht seltsam oder deplatziert, sondern genau am richtigen Ort.

In den Kaffeepausen wurden wir ermutigt, gezielt das Gespräch miteinander



Leonie Fernholz

ist Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) mit Schwerpunkt auf Vergleichende Politische Ökonomie, Finanzialisierung und Energiepolitik. Ihr Dissertationsprojekt untersucht, wie Energieunternehmen in Europa im Zuge der Liberalisierung des europäischen Energiemarkts finanzielle Risiken reduzieren und welche Interessen bezüglich Klima- und Energiepolitik damit einhergehen.



und mit erfahrenen Wissenschaftlerinnen zu suchen. Ein speziell vorbereitetes Poster lud dazu ein, uns spontan mit anderen gemeinsam zu überlegen, wie die Politische Ökonomiefrauenfreundlicher werden kann. Als Frau, die beim Networking öfter zögert, war das für mich ein sehr positives Erlebnis und trug als Ice-Breaker erheblich dazu bei, dass ich mich die ganze Woche über wohlfühlte.

Das viertägige Programm bot eine ausgewogene Mischung aus praxisorientierten und akademischen Sessions. So diskutierten wir Fragen der Karrierepla-

nung, der Vereinbarkeit von Familie und Forschung sowie Strategien für Publikationen und Drittmitteleinträge. In thematischen Sessions zu Finanzialisierung und Klimapolitik gaben *Natascha van der Zwan* (Universität Leiden) und *Diane Bolet* (Universität Essex) Einblicke in ihre Forschungsansätze und deren Entwicklung. Der Austausch von Erfahrungen zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Woche.

In der Session zu Geoökonomie erläuterte *Carola Westermeier* (MPIfG), wie sie theoretische Konzepte definiert und welchen Nutzen diese über ihr eigenes Forschungsthema hinaus haben. Sie erklärte, dass ihr präzise Konzepte geholfen haben, ihre interdisziplinäre Forschung besser zu verorten. Ähnlich schilderte *Sonja Avlijaš* (Universität Belgrad) in ihrer Session zur Politischen Ökonomie der Entwicklung, dass sie erst während ihrer Postdoc-Zeit erkannte, wie relevant ihre Forschung auch für andere Themengebiete ist. Ihr Schwerpunkt

auf Genderfragen war für sie über viele Jahre nur schwer einzuordnen, da die Politische Ökonomie als Disziplin noch nicht bereit war, diese Perspektive aufzunehmen. Zugleich zeigten unsere Diskussionen, wie herausfordernd es für Forscherinnen anderer Weltregionen sein kann, ihre Fragestellungen und Betrachtungsweisen in akademischen Strukturen in Kernländern des Globalen Nordens wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien anschlussfähig zu machen. Entscheidend ist, Forschende zu finden, die die eigene Arbeit verstehen und unterstützen. Ich fand es ermutigend zu hören, dass es oftmals Zeit braucht, solche Verbindungen zu knüpfen, und dass dies völlig normal ist.

Im Zoom-Roundtable „Women in Political Economy“ mit *Dorothee Bohle* (Universität Wien), *Elsa Massoc* (Universität St. Gallen), *Manuela Moschella* (Universität Bologna) und *Kathleen Thelen* (MIT) stand ein zentrales Thema im Mittelpunkt: wie stark akademische

Der Austausch von Erfahrungen zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Woche.

Karrieren von gutem Timing und unterstützenden Netzwerken abhängen. Wir sprachen auch darüber, ob in der Politischen Ökonomie Genderfragen systematischer berücksichtigt werden sollten. Wie unsere Diskussionen verdeutlichten, hat die Forschung zu Wachstumsmodellen mit der Berücksichtigung von Geschlechterfragen und der Care-Ökonomie bereits erste wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Die Podiumsteilnehmerinnen sprachen offen über strukturelle Probleme: Frauen werden seltener zitiert, publizieren weniger in Kooperation und erhalten kritischere Bewertungen von Studierenden. Dennoch berichteten sie auch von positiven Entwicklungen in den letzten Jahren, vor allem, weil sich Frauen zunehmend gegenseitig fördern und auch Männer beginnen, Frauen aktiv in ihre professionellen Netzwerke einzubinden.

Die vier Wissenschaftlerinnen gaben uns zudem praktische Tipps, wie wir erfahrene Forscher und Forscherinnen um Feedback bitten können, sei es auf Konferenzen oder per E-Mail. Aus der Runde nahmen wir aber auch mit, dass der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen auf ähnlichem Karrierelevel sogar wichtiger sein kann als der mit eta-

blierten Forschenden. Besonders beeindruckend fand ich, wie unterschiedlich die Karrierewege der vier Frauen verlaufen sind und welche persönlichen Entscheidungen sie hierbei jeweils treffen mussten. Es wurde deutlich: Unsicherheiten gehören zur frühen Phase einer akademischen Laufbahn dazu. Entscheidend ist, bei Rückschlägen den Austausch zu suchen. Zwar erleben alle Forschenden irgendwann Misserfolge, doch für Frauen kann es schwerer sein, sich davon zu erholen, nicht zuletzt wegen familiärer Verpflichtungen. Umso wertvoller war es, dass Manuela Moschella und Elsa Massoc offen über ihre Erfahrungen mit der Vereinbarkeit von Familie und Karriere sprachen.

Arianna Tassinari (Universität Bologna) vertiefte dieses Thema in einer Session mit dem passenden Titel „Jenseits des Mythos, alles haben zu können“ („Beyond the Myth of Having it All“). Der Austausch über ihre und unsere persönlichen Erfahrungen bestärkte uns sehr. Wir sprachen über Partner, Großeltern, Hausarbeit, Schwangerschaft, Kinder und Verluste. Am Ende stand eine gemeinsame Erkenntnis: Was wirklich hilft, sind unterstützende Kolleginnen und Kollegen und flexible Strukturen.

Was wirklich hilft, sind unterstützende Kolleginnen und Kollegen und flexible Strukturen.

Um unsere Peers kennenzulernen, waren die acht „Work-in-Progress“-Sessions zentral. In produktiver Atmosphäre präsentierten wir unsere Forschung, erhielten wertvolles Feedback von Kolleginnen und etablierten Forschenden und konnten unsere Projekte gezielt weiterentwickeln. Viele Diskussionen setzten sich in den Pausen oder beim Mittagessen fort. Die Teilnehmerinnen schätzten den großzügig bemessenen Zeitrahmen für Gespräche sehr – ob beim Kaffee oder beim gemeinsamen Ausflug zum Kölner Dom. Diese Offenheit spiegelte die durchdachte Planung der Veranstaltung wider, die die Summer School erneut zu einem ausgezeichneten Ort des intellektuellen Austauschs, der persönlichen Weiterentwicklung und der Vernetzung für Frauen in der Politischen Ökonomie machte.

Max Planck Summer School for Women in Political Economy

Viele qualifizierte und talentierte Wissenschaftlerinnen verlassen nach der Promotion den akademischen Weg – häufig auch mangels Vorbilder und unterstützender Netzwerke. Mit der Max Planck Summer School for Women in Political Economy möchte das MPIfG dieser Entwicklung entgegenwirken.

Nach der erfolgreichen Premiere 2023 fand in diesem Jahr die zweite Ausgabe statt. Die Summer School versteht sich als inklusive Veranstaltung. Sie richtet sich an Frauen, nichtbinäre Personen und Menschen marginalisierten Geschlechts. Teilnehmen können Promovierende und Postdocs aus der Vergleichenden und Internationalen Politischen Ökonomie sowie angrenzenden Disziplinen.

Der fachliche und persönliche Austausch mit international renommierten Wissenschaftlerinnen ist inzwischen zu einem Markenzeichen der Summer School geworden. In diesem Jahr eröffnete Cornelia Woll (Hertie School) die Veranstaltung mit einem Vortrag zum Thema „Economic Statecraft and Negotiated Justice in Global Markets“.

Die Summer School wird vom Forschungsbereich Politische Ökonomie am MPIfG ausgerichtet. Zum diesjährigen Organisationsteam gehörten Pálma Polyák, Dustin Voss, Hanna Doose, Anna Hohenberger, Pauline Kohlhase und Camilla Locatelli.

Nachrichten

Timur Ergen startet am Institut Arbeit und Wirtschaft in Bremen



Timur Ergen übernimmt nach 15 Jahren Forschung am MPIfG die Direktorenstelle am Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen. Neben der Institutsleitung wird er an der Universität Bremen Wirtschaftssoziologie und Politische Ökonomie lehren. Das IAW erforscht die Auswirkungen gesellschaftlichen Wandels auf Arbeits- und Lebensverhältnisse und bietet neben Grundlagenforschung auch Beratung und Wissenschaftstransfer. Ergen begann 2010 als Doktorand am MPIfG und promovierte 2014 über die politische Ökonomie der Photovoltaikindustrie. Anschließend war er im Bereich Wirtschaftssoziologie unter Jens Beckert tätig. Internationale Erfahrungen sammelte er am Massachusetts Institute of Technology, an der Columbia University sowie als John F. Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University, wo er zur Deindustrialisierung in Deutschland und den USA forschte. Ergens Arbeit konzentriert sich auf Wirtschaftssoziologie, Wettbewerbspolitik und technologischen Wandel, insbesondere auf Industriepolitik, Deindustrialisierung und staatliche Wirtschaftsintervention.

Danielle Pullan übernimmt Assistenzprofessur in den USA



Danielle Pullan, ehemalige Doktorandin an der IMPRS-SPCE, ist im August von der Universität zu Köln in die USA gewechselt. Sie übernimmt eine Assistenzprofessur für Politikwissenschaft mit Tenure-Track an der Georgia College & State University, einer kleinen Liberal-Arts-Universität im Bundesstaat Georgia. Zuletzt war sie als Postdoktorandin und Dozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität zu Köln tätig, wo sie seit Februar 2024 auf Bachelor- und Master-Niveau lehrte. Von 2020 bis 2024 war sie Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) am MPIfG und der Universität zu Köln. Ihre Promotion schloss sie im Herbst 2024 mit einer Studie zur Abtreibungspolitik in Europa ab. Neben ihrer akademischen Laufbahn sammelte Pullan berufliche Erfahrungen in Nonprofit-Organisationen, Impact Investing, Tech-Startups sowie im Consulting. Zudem engagierte sie sich in der Gleichstellungarbeit und im Max Planck PhDnet. Ihre Forschungsinteressen liegen auf reproduktiven Rechten, Geschlechterpolitik, europäischer Politik sowie quantitativen Methoden und Textanalyse.

Jonas Seufert ist Journalist in Residence am MPIfG



Von Oktober bis November 2025 ist Jonas Seufert als Journalist in Residence am MPIfG zu Gast. Seufert arbeitete zehn Jahre als freier Reporter unter anderem für DIE ZEIT, Süddeutsche Zeitung, ARD, ZDF und CORRECTIV. Seit 2025 gehört er zum Rechercheteam von FragDenStaat. Seufert recherchiert zu sozialer Ungleichheit, prekärer Arbeit und globalen Lieferketten – oft undercover, etwa als Paketbote bei Amazon oder in landwirtschaftlichen Betrieben. Am MPIfG wird er der Frage nachgehen, wie viel Reichtum gerecht ist. Dabei interessiert ihn, welche Mechanismen extreme Vermögensungleichheit reproduzieren, wie Reichtum über Generationen weitergegeben wird und welchen politischen Einfluss Vermögende ausüben. Für seine Arbeit wurde er mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Grimme-Online-Award 2019. Das Journalist in Residence Fellowship ermöglicht Medienschaffenden, ein selbst gewähltes Rechercheprojekt im direkten Austausch mit der Wissenschaft zu verfolgen. Ziel ist es, den Dialog zwischen Medien und Sozialwissenschaften zu gesellschaftspolitischen Themen zu fördern.

Julian Jürgenmeyer wechselt an die University of Chicago

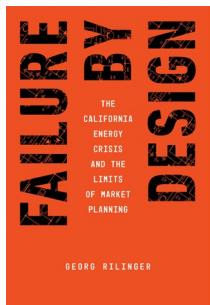
Julian Jürgenmeyer, seit 2023 Postdoktorand am MPIfG, übernimmt ab Oktober 2025 ein Harper-Schmidt Fellowship an der University of Chicago. Die vierjährige Position als Collegiate Assistant Professor gehört zu den begehrtesten Postdoktorandenstellen in den Geisteswissenschaften in den USA und verbindet Forschung mit Lehre in den interdisziplinären Grundkursen der amerikanischen Spitzenuniversität. Der Soziologe promovierte 2023 an der Columbia University in New York. Seine Forschung konzentriert sich auf Finanzsoziologie und die Soziologie des Staates. Am MPIfG arbeitete Jürgenmeyer an dem Projekt „Legitimation Trials“, das basierend auf Archiv- und Interviewdaten untersucht, wie die US-Notenbank Federal Reserve ihre Rolle zwischen politischer Neutralität und wirtschaftlicher Einbettung legitimiert. Anhand historischer Fallstudien aus den 1920er-Jahren und der Finanzkrise 2008 analysiert er dabei insbesondere die bisher vernachlässigte Bankenaufsicht.

Matteo Marenco wechselt zur Europäischen Kommission



Matteo Marenco, bis April Postdoc am MPIfG, ist im Mai als Policy Officer zur Europäischen Kommission gewechselt. In der Generaldirektion Forschung und Innovation (DG RTD) arbeitet er im Bereich Digitalisierung und Beschäftigungspolitik. Während seiner Zeit am MPIfG – von Oktober 2023 bis April 2025 – widmete sich der promovierte Arbeitssoziologe seinem Forschungsprojekt „Digital Futures of Work in the Making: Understanding National and EU Politics of Platform Work Regulation“. In seiner neuen Position bringt Marenco seine Erfahrungen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik ein, unter anderem aus der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Sozialobservatorium, Eurofound und der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Georg Rilinger erhält Viviana Zelizer Best Book Award



Georg Rilinger, ehemaliger Postdoktorand am MPIfG, ist mit dem Viviana Zelizer Best Book Award 2025 der American Sociological Association (ASA) ausgezeichnet worden. Der Preis würdigt seine Monografie *Failure by Design: The California Energy Crisis and the Limits of Market Planning* (University of Chicago Press, 2024). Darin entwickelt Rilinger einen theoretischen Ansatz zur Untersuchung von Märkten, der die organisatorische Planung und die Grenzen des Marktdesigns in den Mittelpunkt stellt. Am Beispiel der kalifornischen Energiekrise ab 2000 analysiert er die Schwierigkeiten bei der Schaffung funktionierender Strommärkte und zeigt, wie Märkte als soziale Konstruktionen mit inhärenten Schwächen zu verstehen sind.

Der Viviana Zelizer Best Book Award zählt zu den renommiertesten Auszeichnungen der Wirtschaftssoziologie. Georg Rilinger war von 2020 bis 2022 Postdoktorand am MPIfG und ist heute Assistant Professor an der MIT Sloan School of Management in Cambridge, wo er zu Technological Innovation, Entrepreneurship und Strategic Management forscht.

JEPP Best Paper Prize 2024 für Luuk Schmitz



Luuk Schmitz (MPIfG) und Timo Seidl (TU München) wurden mit dem Best Paper Prize 2024 des *Journal of European Public Policy* (JEPP) ausgezeichnet. Prämiert wurde ihr Artikel „Moving On to Not Fall Behind? Technological Sovereignty and the ‚Geo-Dirigiste‘ Turn in EU Industrial Policy“, in dem sie die aktuelle Wende in der EU-

Industriepolitik hin zu einer stärkeren Steuerung wirtschaftlicher Aktivitäten in geopolitisch bedeutenden Sektoren untersuchen. Die Autoren argumentieren, dass die EU in der Vergangenheit auf Befürchtungen eines wirtschaftlichen Niedergangs mit „Markterschließung“ reagiert habe, während die jüngere „geodirigistische Wende“ zu einer verstärkten staatlichen Steuerung von Märkten geführt habe. Grundlage der Analyse ist eine computergestützte Auswertung von über 66.000 politischen Dokumenten, ergänzt durch qualitative Interviews. Die JEPP-Jury hob die methodische Kombination von Big-Data-Analyse und qualitativer Forschung sowie die historische Kontextualisierung hervor. Luuk Schmitz forscht am MPIfG zu Dekarbonisierung, postneoliberalen Gegenbewegungen und europäischer Integration. Timo Seidl ist Professor für Political Economy an der Hochschule für Politik der TU München.

Clara Baumann, Ceren Çevik, Anna Hehenberger, Muhammad Osama Iqbal, Valentin Rottensteiner und Zarah Westrich promovieren



In den vergangenen Monaten haben sechs Doktorandinnen und Doktoranden der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) ihre Promotion erfolgreich abgeschlossen. **Zarah Westrich** verteidigte im Juni ihre Dissertation „Work, Compare, Repeat: Social Comparisons as a Determinant of Working Hours in Germany“ an der Universität Duisburg-Essen. Die Arbeit untersucht, wie Einkommensungleichheit die aufgewendete Zeit für bezahlte Erwerbs- und unbezahlte Sorgearbeit beeinflusst. Westrich, seit 2021 Doktorandin an der IMPRS-SPCE, ist heute wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen. **Clara Baumann** wurde Ende Juni an der Universität Duisburg-Essen promoviert. Ihre Dissertation „Return of Dependency“ or „A New Hope? East-South Investment and Interdependent Development in Colombia“ untersucht, ob chinesische Direktinvestitionen neue Entwicklungspfade im Globalen Süden eröffnen oder bestehende Abhängigkeiten vertiefen. Baumann, von 2019 bis 2024 Doktorandin an der IMPRS-SPCE, ist heute Postdoktorandin am IN-EAST der Universität Duisburg-Essen. **Ceren Çevik** wurde Ende Juni an der Universität Duisburg-Essen mit der Dissertation „Adapt or Perish? Understanding Transnational Environmental NGOs' Strategies in China and Turkey“ promoviert. Ihre Arbeit analysiert, wie Umwelt-NGOs in China und der Türkei unter autoritären Bedingungen handlungsfähig bleiben. Çevik war seit 2020 Doktorandin an der IMPRS-SPCE. **Valentin Rottensteiner** verteidigte Ende Juli seine Dissertation „With

Great Power There Must Also Come Great Responsibility: How the Semiconductor Industry Changes in Light of Geopolitical and Supply Chain Disruptions“ an der Universität Duisburg-Essen. Die Studie zeigt, wie Akteure der Halbleiterbranche angesichts globaler Unsicherheiten – etwa durch die Pandemie oder geopolitische Konflikte – ihre Erwartungen stabilisieren und neue Deutungen des Marktes formen. Rottensteiner war seit 2021 Doktorand an der IMPRS-SPCE. **Anna Hehenberger** wurde Anfang Oktober an der Universität Duisburg-Essen promoviert. Ihre Dissertation „Green Vanguards and Dependent Followers: Green Growth and Decarbonisation in Export-Led Economies“ untersucht am Beispiel Dänemarks und Österreichs, warum exportorientierte Volkswirtschaften unterschiedlich dekarbonisieren. Hehenberger bleibt bis Ende November am MPIfG und wechselt im Dezember auf eine 50/50-Postdoc-Position an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Johannes Kepler Universität Linz. **Muhammad Osama Iqbal** wurde Ende Oktober an der Universität zu Köln mit der Dissertation „Tightening the Geoeconomic Toolkit: Advanced Capitalism's Response to the Rise of China“ promoviert. Er analysiert, warum Industriestaaten unterschiedlich auf chinesische Direktinvestitionen reagieren – von strengem Screening in den USA bis zu relativer Offenheit in Schweden. Iqbal ist noch bis Ende November 2025 am MPIfG tätig.

Bücher, Journal Articles, Discussion Papers und Dissertationen

MPIfG Bücher

Hannah Pool

The Game: The Economy of Undocumented Migration from

Afghanistan to Europe

Oxford: Oxford University Press, June 2025 | 272 pages

ISBN 978-0-19-781227-3 | hardback



To seek asylum, people often have to cross borders undocumented, embarking on perilous trajectories. Due to the war in Afghanistan, the rule of the Taliban, and severe human rights violations, over the past decades thousands of people have risked their lives to seek safety. By what means do they make these journeys, especially when they lack money and passports?

Over the course of three years, Hannah Pool accompanied a group of Afghan friends and families as they attempted “The Game” – *Game zadan*: the route to Europe to seek asylum. The resulting ethnography follows them across their entire trajectories: through Iran, Turkey, Greece, and along the so-called Balkan route. In each place, Pool details the economic interactions and social relationships essential for acquiring, saving, borrowing, spending, and exchanging money to facilitate their undocumented migration routes.

The Game bridges economic sociology and migration studies to illustrate how migrants decide to trust people to facilitate their movement along these routes, focusing particularly on debt, special monies, bribes, donations, and gift-giving. Throughout the migration trajectory, relationships with family, fellow migrants, smugglers, humanitarian actors, and border control officials shape and are shaped by access to financial resources.

Ultimately, the book highlights the dangers in undocumented border-crossing and delves into the core of what it means to flee: Who has the means to escape dangerous conditions to seek asylum?

Lucio Baccaro (editor)

**I capitalismi a confronto: L'economia politica
comparata in venti lezioni**

Rome: PaperFIRST, 2025 | 555 pages

EAN 9791255431022 | paperback



La Comparative Political Economy (CPE) è una disciplina ancora relativamente poco diffusa in Italia, ma da tempo consolidata a livello internazionale. Essa analizza i fenomeni economici attraverso gli strumenti delle scienze sociali, in particolare della scienza politica e della sociologia, con l'obiettivo di comprendere le interazioni tra economia, istituzioni e società. In questo volume, dieci studiosi italiani attivi in prestigiose università internazionali affrontano altrettanti temi centrali della CPE, articolando ciascun contributo in due lezioni: una di taglio comparativo, che guarda all'Italia nel contesto europeo e globale; l'altra focalizzata sull'analisi specifica del caso italiano. Il libro offre una comprensione articolata del funzionamento delle democrazie capitalistiche avanzate, esaminando l'intreccio tra dinamiche socioeconomiche e assetti politico-istituzionali in ambiti quali il mercato del lavoro, i sistemi di welfare, le politiche industriali, lo sviluppo del capitale umano e le relazioni industriali. Il volume si fonda su un presupposto teorico centrale: economia e società non costituiscono sfere autonome, ma ambiti interdipendenti che si influenzano reciprocamente. Esaminarli separatamente significherebbe accontentarsi di spiegazioni parziali. Non esiste un unico modello di capitalismo efficiente verso cui tutti i sistemi convergono. Al contrario, vi sono diversi modelli di capitalismo, ciascuno plasmato dall'interazione tra attori collettivi, forze politiche e istituzioni, e caratterizzato da una diversa capacità di coniugare crescita economica, equità sociale e stabilità politica.



MPIfG Journal Articles

**Auswahl, diese und weitere
Journal Articles unter
www.mpifg.de/journal-articles**

Alessia Aspide, Matthew DiGiuseppe
The Mass Politics of Public Debt, Immigration, and Austerity. Journal of European Public Policy (2025).

Jens Beckert, Isabell Stamm
Capital and the Family. British Journal of Sociology (2025).

Fabio Bulfone, Timur Ergen, Erez Maggor
Regulating via Conditionality: The Instruments of the New Industrial Policy. Regulation & Governance (2025).

Amandine Crespy, Bastian Kenn, Matteo Marenco, Slavina Spasova
The EU Compromise Machine and the Politicisation of Social Policy: Lessons from the Regulation of Platform Work. Journal of European Social Policy (2025).

Hanna Doose
The Scottish Road to Net Zero: Corporate Welfare and Assetization Cascades. Competition & Change (2025).

Vanessa Endrejat, Fabio Bulfone, Arjen van der Heide
The Slumbering Giant: Towards a Political Economy of Financialised Insurance. Review of International Political Economy (2025).

Payton Gannon, Danielle Pullan
"In Italy, We Have a Saying: Make the Law and You Will Find a Way to Cheat It": The Regionalized Implementation of Italian Abortion Policies. Interdisciplinary Political Studies 11 (1): 83–106 (2025).

Philipp Golka, Natascha van der Zwan
Asymmetric Autonomy: Pension Fund Investing between Members and Markets. Socio-Economic Review (2025).

Kathleen Griesbach
Positioning Stories: Accounting for Insecure Work. American Sociological Review 90 (3): 493–520 (2025).

Sinisa Hadziabdic

Ascending Needles in a Haystack? The Heterogeneous Political Participation Effects of Associational Involvement by Education. Frontiers in Sociology 10 (2025).

Martin Höpner, Maximilian Kiecker

Particularistic Solidarity? Explaining the Nordic Opposition Against the European Minimum Wage Directive. Journal of Political Sociology 3 (1): 42–57 (2025).

Martin Höpner, Susanne K. Schmidt, Daniel Seikel

Asymmetry Resolved? Revisiting Negative and Positive European Integration. Journal of European Public Policy 32 (11): 2595–607 (2025).

Noé Kabouche, Philip Balsiger, Philipp Golka

Issue Translation and Issue Valorization: The Role of Professionals in the Assetization of Social and Environmental Impact. Environment and Planning A: Economy and Space 57 (4): 444–61 (2025).

Erik Neimanns, Björn Bremer

The Local Politics of Social Investment Under Fiscal Constraints: The Case of Childcare Expansion in Germany. Regulation & Governance (2025).

Daniella Pullan, Matthew Trail

Evaluating the Intersection of Attitudes on Foster Care and Abortion among US American Evangelicals. Interdisciplinary Political Studies 11 (1): 171–94 (2025).

Allan Sandham, Isabelle Stamm

Der Diskurs über Verantwortungseigentum: Einblicke in die gesellschaftliche Aushandlung von Eigentum an Unternehmen. Zeitschrift für Soziologie 54 (2): 207–23 (2025).

Wolfgang Streeck

The Road Right. New Left Review 152: 35–49 (2025).

Daniela R. Urbina, Daria Tisch

Perceived Fairness of Couples' Division of Housework: Evidence from a Multi-Factorial Experiment in the United States. Gender & Society 39 (4): 590–629 (2025).

Leon Wansleben, Carlotta Terhorst

Ungleichheiten in der grünen Transformation: Die prädistributive Macht von Infrastrukturen. Zeitschrift für Soziologie 54 (3): 342–61 (2025).

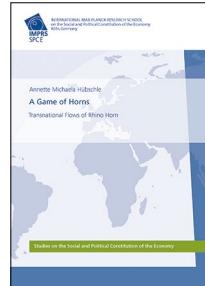
Franziska Wiest

Family Feelings: Affective Ties and the Reproduction of Wealth in Super-Rich Families. Emotions and Society 7 (3): 331–48 (2025).

Max Willems

From States to Markets and Back? The European Union's Decades-Long Struggle over Renewable Energy Derisking.

Journal of European Public Policy (2025).



IMPRS-SPCE Dissertations

Abstracts und Download
<https://imprs.mpifg.de/96335>

Tobias Arbogast

Navigating by the Stars: The Role of the "Natural Rates" in Monetary Policy. PhD Thesis, University of Cologne, Cologne 2025.

Anna Hehenberger

Green Vanguards and Dependent Followers: Green Growth and Decarbonisation in Export-Led Economies. PhD Thesis, University of Duisburg-Essen, Duisburg 2025.

Muhammad Osama Iqbal

Tightening the Goeconomic Toolkit: Advanced Capitalism's Response to the Rise of China. PhD Thesis, University of Cologne, Cologne 2025.

Jeremiah Nollenberger

Stabilizing the Coordinated Market Economy? Germany's Government, Corporate, and Household Sectors in the Face of the Polycrisis. PhD Thesis, University of Duisburg-Essen, Duisburg 2025.

Valentin Rottensteiner

"With Great Power There Must Also Come Great Responsibility": How the Semiconductor Industry Deals with Uncertainty in Light of Geopolitical and Supply Chain Disruptions. PhD Thesis, University of Duisburg-Essen, Duisburg 2025.

Zarah Westrich

Work, Compare, Repeat: Social Comparisons as a Determinant of Working Hours in Germany. PhD Thesis, University of Duisburg-Essen. Studies on the Social and Political Constitution of the Economy. IMPRS-SPCE, Cologne 2025.



MPIfG Discussion Papers

Abstracts und Download

www.mpifg.de/discussion-papers

Matthias Diermeier, Jan Engler, Melinda Fremerey,
Leon Wansleben

Sozioökonomische Segregation und Kitaversorgung: Eine georeferenzierte Analyse deutscher Städte. MPIfG Discussion Paper 25/6.

Michael Schedelik, Andreas Nölke

Peripheral Growth Models and the Global Economy: A Second Image IPE Perspective. MPIfG Discussion Paper 25/5.

Fabio Bulfone, Mischa Stratenwerth, Arianna Tassinari
Shifting Paths? The Evolution of Southern European Growth Trajectories Between the Global Financial Crisis and the Covid Pandemic. MPIfG Discussion Paper 25/4.

Aktuelle Publikationen des MPIfG

www.mpifg.de/publikationen

Die geoökonomische Wende in der Internationalen Politischen Ökonomie

Konferenz

30. und 31. Januar 2025

Seit ihrem Amtsantritt am 20. Januar hat die Regierung Trump das weltweite Sicherheitsumfeld – besonders für Europa – grundlegend verändert. Sie hat die US-Zölle auf das höchste Niveau seit der Großen Depression angehoben und die USA aus dem Prozess der industriellen Dekarbonisierung ausgenommen. Vor diesem Hintergrund versuchte die Konferenz „The Geoconomic Turn in International Political Economy“ Ende Januar – organisiert von *Luuk Schmitz* und *Pálma Polyák* (beide MPIfG) –, aktuelle Trends in der Geoökonomie zu beleuchten. Noch wichtiger war das Ziel, stabile politökonomische Grundlagen jenseits der unberechenbaren Tagespolitik auszumachen.

Was bedeutet die geoökonomische Wende für die Internationale Politische Ökonomie? Diese Frage brachte rund fünfzehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Politischen Ökonomie, den Internationalen Beziehungen und der Sicherheitsforschung zusammen. Im Fokus standen Phänomene wie Wirtschaftssanktionen, Protektionismus und Industriepolitik. Besondere Aufmerksamkeit galt der Instrumentalisierung wirtschaftlicher und technologischer Abhängigkeiten als politische Waffe – dem sogenannten *weaponized interdependence*. Diese Entwicklungen prägen das neue geoökonomische Umfeld, das die neolibrale Globalisierung abzulösen scheint.

Die Konferenz konzentrierte sich dabei sowohl auf die Rolle der großen Akteure (Europa, USA und China) als auch auf die Länder des Globalen Südens wie Malaysia und Indonesien sowie die Bedeutung Lateinamerikas und Afrikas als kritische Rohstoffquellen.

Der Aufstieg Chinas scheint die geoökonomische Wende maßgeblich zu treiben. Er hat die Machtverhältnisse zwischen den Weltregionen verschoben und die Sorge der USA vor dem Verlust ihrer Hegemonie verstärkt. Viele Vorträge lieferen Bausteine zum Verständnis dieser „völlig neuen Welt“ mit ihrer Multipolarität, ihren Sicherheitsbedenken und der Logik von Wirtschaftssanktionen. Ein zentraler Befund: Die Globalisierung löst sich trotz wachsenden Protektionismus nicht auf, sondern wandelt nur ihre Form – durch neu gelenkte Handelsströme und umgestaltete Lieferketten.

Daniel Driscoll (University of Virginia) untersuchte die Rolle des Staates bei der Sicherung kritischer Mineralien für die Elektroautoindustrie am Beispiel von China und den USA. China dominiert die Kontrolle der Lieferketten durch systematische Planung, vertikale Integration und effiziente Bürokratie. Unter Biden versuchten die USA aufzuholen – gestützt auf den *Defense Production Act*, der Dekarbonisierungsziele mit nationalen Sicherheitsbelangen verknüpfte. Die

Diskussion machte deutlich: Für die USA lohnt sich eine rasche Energiewende nicht – zu stark sind die Öl- und Gasinteressen, obwohl sich die Biden-Administration rhetorisch für die Dekarbonisierung einsetzte. Die völlige Abkehr der Trump-Regierung von der Dekarbonisierung und ihr Setzen auf fossile Brennstoffe verschärft dieses Dilemma zusätzlich.

Zum Konferenzabschluss stellten die Teilnehmenden eine skeptische Frage: Was ist wirklich neu an dieser Wende? Aus kritischer Sicht der Politischen Ökonomie war die Nutzung wirtschaftlicher Beziehungen zur Schwächung geopolitischer Konkurrenten und der Einsatz politischer Mittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen schon immer die Norm im Kapitalismus. Dieses Phänomen trug historisch den Namen Imperialismus. Ist er mit dem Ende des Kalten Krieges verschwunden? Jedenfalls bietet die Geschichte einen reichen Erfahrungsschatz, um unsere heutige Lage zu verstehen.

Stephan Gruber

The Socio-Economics of Loss and Decline in the Climate Crisis

Workshop

8. und 9. Mai 2025

Am 8. und 9. Mai fand am MPIfG der Workshop „The Socio-Economics of Loss and Decline in the Climate Crisis“ statt. Die Veranstaltung diente als Vorbereitung für eine Sonderausgabe der *Socio-Economic Review*, die *Valentina Ausserladscheider* (Universität Wien), *Timur Ergen* und *Philipp Golka* (beide MPIfG) herausgeben. Der Workshop versammelte interdisziplinär arbeitende Forschende aus der Politischen Ökonomie, den Wirtschafts- und Politikwissenschaften sowie aus Soziologie, Geografie und Anthropologie.

Die Vorträge befassten sich sowohl empirisch als auch theoretisch mit den sozio-ökonomischen Auswirkungen der Klimakrise. Im Mittelpunkt stand das Konzept des Vermögenswerts (*asset*) und dessen möglicher Wertverlust (*stranding*), ausgelöst durch Klimawandel, klimabezogene Regulierung oder Klimarisiken. Diskutiert wurden nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Folgen und Begleiterscheinungen dieser Entwicklungen für Finanzwelt, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die Beiträge machten deutlich, wie vielschichtig und tiefgreifend die Konsequenzen der Klimakrise bereits sind – oft an unerwarteten Stellen.

Mehrere Beiträge setzten auf individueller Ebene an und blickten insbesondere auf den Arbeitsmarkt. So verstand *Antonia Fidler* (Hertie School) „Human-kapital“ – die beruflichen Qualifikationen von Arbeitskräften – als ein *stranded asset*, das durch den klimapolitischen Wandel an Wert verlieren wird. Dazu untersuchte sie die Lohnentwicklung in emissionsintensiven Sektoren. *Elisabetta Mannoni* (Central European University) analysierte, wie die Umweltfreundlichkeit eines Berufs das Wahlverhalten beeinflussen kann. Auch räumliche Aspekte der Klimakrise wurden beleuchtet: *Shahar Livne* (Ben-Gurion University of the Negev) untersuchte am Beispiel des ländlichen Malawi, wie Extremwetter, Armut und Landdegradation zusammenwirken. *Zac J. Taylor* (Delft University of Technology) zeigte, wie Immobilieninvestoren mit Klimarisiken in besonders gefährdeten Städten umgehen, wo mobiles Kapital durch Bauprojekte dauerhaft gebunden wird.

Joyce Ho (University of Michigan) dokumentierte ethnografisch die Reaktionen von Betroffenen auf ein staatliches Entschädigungsprogramm nach Erdbeben in Kalifornien. Die Frage staatlicher Kompensation nach Umweltkatastro-

phen nahm auch *Colin Hay* (Sciences Po) als Ausgangspunkt, um die Zukunft des Wohlfahrtsstaats im Anthropozän zu problematisieren. *Daniel Driscoll* (University of Virginia) verglich den gesellschaftspolitischen Umgang mit Klimafolgeschäden in China und den USA und zeigte, wie stark dieser von den jeweiligen Eigentumsverhältnissen und politischen Rahmenbedingungen geprägt ist. Mehrere Beiträge beschäftigten sich mit der Versicherbarkeit von Klimaschäden: Am Beispiel Paraguays führte *Caroline E. Schuster* (Australian National University) aus, wie parametrische Versicherungen – also Versicherungen, die auf im Vorhinein festgelegten Messwerten beruhen – darüber bestimmen, welche Pflanzen oder Tiere als schützenswert gelten, indem sie sie zu Vermögenswerten machen. *Nick Taylor* (Queen Mary University of London) analysierte Strategien und Logiken zivilgesellschaftlicher Proteste gegen Versicherungsunternehmen, die fossile Energiekonzerne versichern, während *Edoardo Di Vincenzo* (Cornell University) aufzeigte, dass die Aufkündigung von Eigenheimversicherungen in kalifornischen Hochrisikogebieten systematisch Haushalte mit niedrigem Einkommen trifft. Hierdurch wird einer der wichtigsten indi-



viduellen Schutzmechanismen gegen Klimaschäden unterlaufen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Workshops galt den wirtschaftlichen Akteuren und den institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen ihres Handelns. *Paula Haufe* und *Janina Urban* (Universität Witten/Herdecke) stellten ein Modell der Strategien vor, mit denen Finanzakteure versuchen, die Lebensdauer gefährdeter Vermögenswerte zu verlängern. Zwei Beiträge vertieften dieses Thema am Beispiel der Gasindustrie: *Nina Lopez-Uroz* (European University Institute) verglich die Lobbystrategien von Infrastrukturbetreibern in Deutschland und Frankreich. *Louis Fletcher* (University of Warwick) analysierte darüber hinaus, wie der britische Staat mit der alternden und überflüssig werdenen Gasnetzinfrastruktur umgeht. *Christine Trampusch* (Universität zu Köln/MPIfG) machte auf die widersprüchliche Rolle finanzmarktorientierter Klimaschutzinstrumente aufmerksam: Im Zuge der Finanzialisierung der Energieindustrie ergänzen viele europäische

Unternehmen ihre physischen Vermögenswerte, die besonders stark von Dekarbonisierungsmaßnahmen betrofen sind, durch finanzielle Vermögenswerte. Damit schaffen sie zusätzliche Profitmöglichkeiten, die von den Maßnahmen unberührt bleiben, und untergraben die klimapolitischen Ziele.

Drei Beiträge widmeten sich den „epistemischen Kämpfen“, also den Auseinandersetzungen um die Definition von Vermögenswerten als „gestrandet“ und um die Methoden der Risikobewertung. *Annika Stenström* und *Leonard Seabrooke* (Copenhagen Business School) analysierten die Earnings Calls – eine Konferenz, in der ein Unternehmen seine Finanzergebnisse vorstellt –, um zu verstehen, wie Unternehmen ihre Vermögenswerte einschätzen und nach außen darstellen. *Sylvain Maechler* (University of Ottawa) und *Ian P. Gray* (Columbia University) setzten sich mit der problembehafteten Übersetzung von Klimarisikoanalysen in effektive Finanzinstrumente auseinander. Maechler zeigte die Grenzen der Szenarioanalyse

auf – einer Methode zur Evaluierung klimabezogener Finanzrisiken –, während Gray sich mit der Kritik an den Modellen des Network for Greening the Financial System – einem internationalen Zusammenschluss von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden zur Förderung nachhaltiger Finanzen – beschäftigte. *Arbnor Bajraliu* und *Gerhard Schnyder* (Loughborough University) rundeten mit ihrer Präsentation den Workshop ab und lenkten den Blick auf die nationale Ebene: Wie beeinflussen geopolitische Risikoerwägungen die Bereitschaft einzelner Länder, Vermögenswerte bewusst stranden zu lassen, um strategische Ziele zu verfolgen?

Der Workshop bot einen Vorgeschmack auf eine interessante Sonderausgabe der *Socio-Economic Review*. Die Leserinnen und Leser dürfen sich darauf freuen, viele der hier skizzierten Themen und Beiträge dort in ausführlicher Form wiederzufinden.

Frederick Busch

Internationaler Frauentag 2025 am MPIfG

10. März 2025

Wie schon im Vorjahr feierte das MPIfG auch den diesjährigen Internationalen Frauentag am 8. März mit einer ganztägigen Veranstaltung. Im Mittelpunkt standen Strategien zur Förderung eines inklusiveren Umfelds für Frauen in der Wissenschaft. Externe Referentinnen hielten Vorträge, anschließend diskutierten alle Teilnehmenden offen miteinander. Ein Team aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MPIfG (Elize Soer, Lea Remmers, Annika Hoeft, Almut Landgraf, Sören Altstaedt, Giorgio Cuconato und Camilla Locatelli) hatte die Veranstaltung gemeinschaftlich organi-

siert. Sie richtete sich bewusst nicht nur an Frauen und fand großen Anklang bei den zahlreichen Teilnehmenden.

Zunächst stellten die Organisatorinnen Ergebnisse einer internen Umfrage vor: Wie erleben Forscherinnen ihr Arbeitsumfeld in puncto Inklusion? Die Ergebnisse glichen denen einer vergleichbaren Untersuchung im Vorjahr. Viele Befragte fühlten sich zwar unterstützt und ernst genommen, benannten aber gleichzeitig unverändert bestehende Herausforderungen. Eine zentrale Rolle spielen dabei vor allem eine hohe Belastung durch

Betreuungsaufgaben, das Gefühl der Ausgrenzung aus männlich dominierten Netzwerken sowie eine geringere Anerkennung der Leistungen von Frauen im Vergleich zu männlichen Kollegen. Als weitere Hürden wurden die geforderte geografische Mobilität, prekäre Arbeitsverhältnisse durch befristete Verträge sowie anhaltenden Sexismus und Vorurteile genannt. Die Umfrage machte auch deutlich, was viele Forscherinnen leider immer noch häufig zu hören bekommen: sie sollen „mehr opfern“ oder „besser organisiert sein“ – statt dass strukturelle Veränderungen gefordert werden.



Als Lösungsansätze diskutierten die Teilnehmenden mehr Flexibilität für Betreuungsarbeit, die Möglichkeiten zur Terminierung von institutsweiten Veranstaltungen, die die Bedürfnisse von Menschen mit Fürsorgeaufgaben noch besser berücksichtigen, und eine stärkere Einbeziehung von Senior Researchers bei der Integration von Forscherinnen in etablierte akademische Netzwerke. Als hilfreich bewerteten die Teilnehmenden die Einführung einer „Mumbling Round“ – einer etwa zweiminütigen Pause nach Vorträgen oder Konferenzbeiträgen – die bei vielen MPIfG Veranstaltungen bereits praktiziert wird. Diese Zeit können die Zuhörer für einen kurzen Austausch mit Platznachbarn nutzen, bevor die offizielle Diskussionsrunde beginnt. So entstehen neue Kontakte und Denkprozesse kommen in Gang. Darüber hinaus bestätigten die Umfrageteilnehmerinnen, dass sie im vergangenen Jahr ein gesteigertes Bewusstsein für Vorurteile und eine transparentere Kommunikation festgestellt haben.

Anschließend stellte *Lara Altenstädtter* von der Universität Duisburg-Essen ihre Forschung zum beruflichen Habitus von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren vor. Dazu hinterfragte sie kritisch das Ideal der „Exzellenz“ in der Wissenschaft und zeigte, wie dieses oft unhinterfragte Ideal geschlechtsspezifische Ungleichheiten und strukturelle Ungleichheiten aufrechterhält. Ihre Forschung stützt sich auf empirische

Untersuchungen, die belegen, dass Frauen bei gleicher Qualifikation in wissenschaftlichen Publikationen seltener zitiert werden als ihre männlichen Kollegen und weniger wahrscheinlich Auszeichnungen erhalten. Diese Faktoren verstärken die anhaltende Sichtbarkeitslücke. In der anschließenden Diskussion arbeiteten die Teilnehmenden heraus, inwiefern Vorstellungen von „Exzellenz“ die akademischen Laufbahnen von Frauen und Männern unterschiedlich prägen.

Ein weiterer Vortrag beschäftigte sich damit, wie Geschlecht und soziale Herkunft nach wie vor wichtige Erfolgsfaktoren für akademische Laufbahnen sind. *Ann-Kristin Kolwes*, leitende Mitarbeiterin im Sachgebiet Mentoring und Chancengerechtigkeit der Personalentwicklung an der Universität zu Köln, erläuterte die technischen Herausforderungen bei der Untersuchung klassenbasierter Ungleichheit. Akademische Umfragen erfassen zwar häufig das Geschlecht, die soziale Herkunft jedoch weniger systematisch. Das erschwert es, klassenbasierte Ungleichheiten zu identifizieren und zu analysieren. Kolwes beschrieb insbesondere die Hindernisse für „First-Generation Academics“ – Menschen, die als erste in ihrer Familie einen Hochschulabschluss erwerben. Sie haben begrenzten Zugang zu Netzwerken und leiden häufiger unter dem sogenannten Impostor-Syndrom. Dabei fühlen sich Menschen trotz ihres beruflichen Erfolgs unzulänglich und zweifeln an ihren Fähigkeiten.

Besonders beeindruckend war eine eigens für die Veranstaltung gestaltete Posterpräsentation. Sie stellte Forscherinnen vor, deren herausragende Leistungen in ihren Fachgebieten übersehen oder männlichen Kollegen zugeschrieben wurden (etwa die Astronomin *Cecilia Payne* oder die Entdeckerin des Treibhauseffekts *Eunice Newton Foote*). Die zweisprachigen Poster sind auch weiterhin im Institut zu sehen.

Den Abschluss bildete eine „Speed-Dating“-Runde, in der die Teilnehmenden über Maßnahmen sprachen, die im Institut umgesetzt werden könnten, um es in Bezug auf Geschlecht und Klasse inklusiver zu gestalten. Es war ein anregender Tag mit sinnvollem Austausch und gemeinsamer Reflexion, der nachhaltige Impulse setzte.

Joshua Cova

IMPRS-Summer Conference in Providence

29. Juni bis 2. Juli 2025

Die internationale Konferenz „Economy and Society“ bringt seit 2006 jährlich Nachwuchsforschende und renommierte Professorinnen und Professoren zusammen. Neben dem MPIfG wirken fünf Partneruniversitäten (CEU Wien, Sciences Po Paris, UC Berkeley, Northwestern University und Brown University) an dem Format mit, das in diesem Jahr an der Watson School for Public and International Affairs in Providence stattfand. Jeweils drei Doktoranden präsentieren ihre Forschung und diskutieren sie mit Expertinnen und Experten aus Politischer Ökonomie und Wirtschaftssoziologie. Das MPIfG war mit drei Projekten vertreten – zu geopolitischen Strategien armenischer Eliten (*Thomas Barrett*), zum Ausbau erneuerbarer Energien in Europa (*Max Willems*) und zur Vermögensreproduktion superreicher Familien (*Franziska Wiest*).

Schon die ersten Präsentationen verdeutlichten die thematische Bandbreite der Konferenz. *Maxence Dutilleul* (Sciences Po) möchte historischer Daten ein Paradox aufklären: Warum bekämpften Wirtschaftsexperten mit allen Mitteln die allgemeine Inflation, ignorierten aber gleichzeitig die explodierenden Immobilienpreise seit Ende der 1990er-Jahre? *Archana Ramanujam* (Brown University) untersuchte am Beispiel Curaçao, wie der Ölkonzern Shell zwischen 1915 und 1930 die Wasserversorgung durch den Bau einer Ölraffinerie veränderte; Ziel ist, die Verbindungen zwischen Kolonialherrschaft und den Anfängen des menschengemachten Klimawandels herauszuarbeiten.

Noor Anwar Ali (Northwestern) erklärte, warum öffentlich-private Partnerschaften im pakistanischen Bildungssektor stark wachsen – und warum Bürger oft nicht verstehen, wer für welche Dienstleistungen zuständig ist. *Radhika Moral* (Brown University) dokumentierte die Bemüh-

ungen, die in ihrer Existenz bedrohten Muga-Seidenraupenplantagen in der indischen Region Assam wiederzubeleben, und die Konflikte zwischen traditionellen Bauern, Entwicklungsorganisationen und Agrarkonzernen.

Mark Blyth (Brown University) stellte in der ersten Keynote die provokante These auf, dass sich die liberale Weltordnung dem Ende zuneigt. Er veranschaulichte die dominierenden Wirtschaftsregime seit dem späten 19. Jahrhundert mit einer Computer-Metapher: Jedes System – Liberalismus, Keynesianismus und Neoliberalismus – besteht aus Hardware (der Wirtschaftsstruktur), Software (der Ideologie) und Bugs (Widersprüchen), die das System schließlich zum Absturz bringen. Seine zentrale Botschaft: Die Trump-Administration ist kein Ausreißer, sondern Beginn eines neuen ökonomischen Zeitalters. Seine Prognose: nicht De-Globalisierung, sondern „De-Amerikanisierung“ der Weltwirtschaft.

Der erste Tag endete mit einer brisanten Frage: Warum unterstützen manche US-Gewerkschaften die Energiewende, andere nicht? *Jesse Strecker* (UC Berkeley) argumentierte, dass die Unterscheidung zwischen „grünen“ und „fossilen“ Sektoren zu kurz greife. Entscheidend sei vielmehr, ob Arbeitsplätze in der Kohle- und Ölindustrie in zukunftsfähige Jobs umgewandelt werden können.

Der zweite Tag begann mit *Charlotte Bouchers* (Sciences Po) Analyse des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Unsicherheit und Rechtspopulismus. Sie zeigte: Je nach Wohlfahrtssystem wählen Berufsgruppen entsprechend ihrer Arbeitsplatzsicherheit rechtspopulistisch. Im Anschluss präsentierte *Nikolas Shatan* (UC Berkeley) eine historische Analyse der Entwertung von Immobilienpreisen während zweier inflationärer Phasen (1946–1949 und 1967–1969).

Dabei betonte er die Rolle bewusst veränderter Anreizsysteme – das sogenannte *incentive bricolage*.

Den Nachmittag prägte *Poulami Roychowdhury* (Brown University) Keynote über Frauenrechte in Indien: „From Rights to Protection: Reframing Women’s Empowerment for Authoritarian Democracy“. Basierend auf jahrelanger Feldforschung deckte sie einen perfiden Mechanismus auf: Unter der konservativen Regierung Narendra Modis rechtfertigt vermehrter Schutz der Frau den Abbau von Frauenrechten. Die implizite Botschaft: Patriarchaler „Schutz“ der Frau gewährleiste das Wohlergehen von Frauen besser als rechtliche Emanzipation. Roychowdhury zog dabei Parallelen zu ähnlichen Tendenzen unter der Trump-Administration.

Am Abschlussstag gab es zwei Vorträge. *Irem Inal* (UC Berkeley) stellte ihre Forschung zur Windenergie-Politik in Wyoming vor – mit einem überraschenden Befund: Manche republikanische Bezirke verzeichnen deutlich mehr Windkraft-Ausbau als demokratische Bezirke. Ursachen seien nationale Politikänderungen und lokale Marktdynamiken. *Natalia Rueschemeyer-Bailey* (Northwestern) präsentierte ihre Arbeit zu verschiedenen Systemen weiblicher Gesundheitsversorgung. Ihre vorläufigen Daten zeigen erhebliche Unterschiede zwischen Ländern und über die Zeit hinweg – etwa bei Krankenstand und Gesundheitsausgaben.

Mit den lebhaften und erkenntnisreichen Debatten wird die Konferenz den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des MPIfG lange in Erinnerung bleiben. Alle waren sich einig: Die Diskussionen werden nicht nur die eigene Forschung bereichern, sondern auch neue Erkenntnisse und Forschungsideen generieren.

Franziska Wiest, Max Willems, Tom Barrett

Gesellschaften im Wandel erforschen

40. Jubiläum des MPIfG am 15. und 16. Mai 2025

Seit 1985 erforscht das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung die Möglichkeiten der Steuerung und Koordination moderner Gesellschaften. Zum 40-jährigen Bestehen richtete das Institut am 15. und 16. Mai 2025 ein wissenschaftliches Symposium zum Thema „Gesellschaften im Wandel erforschen“ aus.

Marion Fourcade (University of California, Berkeley) eröffnete die Veranstaltung am Donnerstagabend mit einem Vortrag zu algorithmischen Systemen. Sie zeigte, wie Algorithmen neue Formen sozialer Organisation und Ungleichheit schaffen – und damit zentrale Fragen für die sozialwissenschaftliche Forschung aufwerfen. *Ralf Heinen* (Stadt Köln), *Andrea Kienle* (Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW), *Christian Doeller* (Max-Planck-Gesellschaft) und *Michael Hüther* (Institut der deutschen Wirtschaft) würdigten in ihren Grußworten die Bedeutung des MPIfG für Köln, den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung.

Das wissenschaftliche Programm am Freitag spiegelte die Forschungsbreite des Instituts wider. *Susanne K. Schmidt* (Universität Bremen) beleuchtete die Anfänge des Instituts und seine Pionierrolle in der Forschung zur europäischen Integration. Zu den bleibenden Beiträgen zählen der akteurzentrierte Institutionализmus, die Analyse gemeinsamer Entscheidungsprozesse in der EU und die Unterscheidung zwischen positiver Integration (Harmonisierung durch gemeinsame Regeln) und negativer Integration (Marktöffnung durch Abbau nationaler Barrieren). Diese Konzepte behalten angesichts aktueller europapolitischer Herausforderungen ihre analytische Relevanz.

Akos Rona-Tas (University of California, San Diego) zog eine kritische Bilanz: Die Wirtschaftssoziologie konzentriere sich zu stark auf Narrative, biete aber kaum praktikable Lösungsansätze für Finanzkrisen, Globalisierung oder technologischen Wandel. Während die Ökonomie über standardisierte Instrumente wie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verfüge, fehle der Wirtschaftssoziologie

ein vergleichbares methodisches Repertoire. Rona-Tas forderte eine stärkere Ausrichtung auf konkrete Handlungsperspektiven, um gesellschaftliche Relevanz zurückzugewinnen.

Jonas Pontusson (Universität Genf) untersuchte den Zusammenhang zwischen ungleicher politischer Repräsentation und wirtschaftlichen Wachstumsmodellen. Er will diese bislang getrennten Forschungsfelder verbinden und sie systematisch in der Politischen Ökonomie verankern. Seine These: Politische Ungleichheit wird zu einseitig aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive betrachtet. Ein integrierter politökonomischer Ansatz könne ihre strukturelle Bedeutung für demokratische Systeme und wirtschaftliche Entwicklung besser erfassen.

Leon Wansleben (MPIfG) setzte sich mit dem Wandel gesellschaftlicher Institutionen auseinander. Er stellte das Konzept des „starken Institutionализmus“ vor, das soziologische Ordnungsfragen mit historisch informierter Kapitalismus- und De-



Zeitschriftenpreis 2025

Dustin Voss erhielt den Zeitschriftenpreis 2025 des Vereins der Freunde und Ehemaligen des MPIfG für seinen Artikel „**Sectors Versus Borders: Interest Group Cleavages and Struggles Over Corporate Governance in the Age of Asset Management**“ (*Socio-Economic Review*, 2024). Die Studie analysiert die Rolle globaler Vermögensverwalter wie BlackRock in der deutschen Mitbestimmungsdebatte. Anhand von über 100 Stakeholder-Stellungnahmen zeigt Voss, wie internationale



mokratietheorie verbindet. Als zentrales Spannungsfeld identifizierte er die zunehmende Regelungsdichte bei gleichzeitigem Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Institutionen. Wansleben plädierte für neue theoretische und empirische Ansätze, um institutionelle Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu stärken.

Die Vorträge zeigten, wie das MPIfG seit vier Jahrzehnten Impulse für die Gesellschaftsforschung liefert – und warfen zugleich einen programmatischen Blick in die Zukunft des Forschungsfeldes.

Ida Seljeskog

Institutstag verpasst?

Die Videopräsentationen der Vorträge sind auf der MPIfG-Website verfügbar: www.mpifg.de/anniversary-2025



Workshop: MPIfG-Karrieren jenseits der Wissenschaft



Drei ehemalige MPIfG-Forschende gaben in einem Workshop Einblicke in ihre beruflichen Wege außerhalb der klassischen Wissenschaftskarrieren. **Barbara Fulda** (NRW-Wirtschaftsministerium), **Saskia Freye** (Hans-Böckler-Stiftung) und **Benjamin Werner-Cöster** (Stadt Bremen, Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation) berichteten über Bewerbungsverfahren, Anforderungen und Herausforderungen in ihren aktuellen Positionen im öffentlichen Sektor und in Stiftungen. Moderiert von Susanne K. Schmidt (Alumni-Verein) unterstrichen die

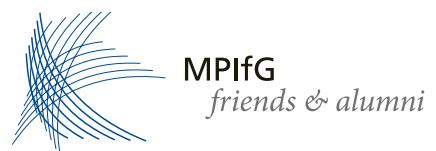
Vortragenden den Wert wissenschaftlicher Kompetenzen: Analytisches Denken, strukturiertes Arbeiten und Problemlösungsfähigkeiten sind auch außerhalb der Universität gefragt. Zugleich betonten sie, wie wichtig praktische Erfahrungen, persönliche Netzwerke und berufliche Flexibilität für den erfolgreichen Wechsel sind. Der Karriereworkshop richtet sich an aktuelle MPIfG-Forschende und fand bereits zum dritten Mal statt – eine Kooperation von MPIfG und dem Verein der Freunde und Ehemaligen.

Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG

Der Verein der Freunde und Ehemaligen des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung e.V. ist das Netzwerk der Ehemaligen, der Kooperationspartner und der Unterstützer des MPIfG. Der Verein fördert den Gedankenaustausch zwischen seinen Mitgliedern und gibt ihnen die Möglichkeit, untereinander und mit dem Institut in Verbindung zu bleiben, etwa durch die Empfänge bei der SASE-Konferenz, Karriereworkshops und bei Mitgliedertreffen. Er unterstützt darüber hinaus den Dialog mit interessierten gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen

des jährlichen Institutstags und trägt zur Darstellung der Arbeit des MPIfG in der Öffentlichkeit bei.

Die Mitglieder des Vereins sind ehemalige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Doktorandinnen und Doktoranden sowie Gäste, die die Forschung am Institut auch über ihren eigenen Aufenthalt hinaus unterstützen. Die Vereinsmitglieder sind natürliche und juristische Personen sowie sonstige Vereinigungen, die sich den Zielen des Vereins verbunden fühlen. Der Verein erhebt von



friends@mpifg.de | www.mpifg.de/friends

seinen Mitgliedern einen jährlichen Beitrag und nimmt Spenden entgegen. Wir laden Sie herzlich ein, dem Verein beizutreten und aktiv zu werden.

Impressum

Mit dem Forschungsmagazin *Gesellschaftsforschung* informiert das MPIfG zweimal im Jahr mit anschaulichen Artikeln und Berichten über seine Forschungsprojekte und -ergebnisse, Publikationen und Veranstaltungen. Es liefert Hintergrundinformationen aus der Forschung zu Fragen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Sie erhalten das Magazin in einer PDF-Fassung per E-Mail oder als Printausgabe. Abonnement und weitere Ausgaben unter

www.mpifg.de/magazin-gesellschaftsforschung

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, Dezember 2025

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. +49 221 2767-0
www.mpifg.de | info@mpifg.de

Redaktion

Anna Zimmermann (verantw.), Ida Seljeskog, Thomas Pott

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

Titel: picture alliance/Mika | Mika Volkmann; MPIfG/David Ausserhofer 2; MPIfG/Astrid Dünkelmann 4, 9 u., 13, 16, 17, 18, 19, 24, 26, 30; picture alliance/IPON | Stefan Boness 5; picture alliance/KEYSTONE | GABRIEL MONNET 8; picture alliance/dpa | Christian Charisius 9 o.; picture alliance/dpa | Uwe Anspach 12; MPIfG/Nina Poppe 14, 32; MPIfG/Christoph Seelbach 28, 29

Gestaltung

pigur design, Potsdam

Satz

Jeanette Störtte, Berlin

Mehr Themen und Standpunkte aus der Forschung des MPIfG

Auf seiner Website stellt das MPIfG weitere aktuelle Forschungsprojekte vor und liefert Hintergrundinformationen zu Themen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Mit ihren „Standpunkten“ kommentieren Forscherinnen und Forscher des MPIfG Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Durch die „Porträts“ lernen Sie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kooperationspartner und Alumni des MPIfG näher kennen. In der Rubrik „Interviews“ sprechen sie über die Bedingungen ihrer Arbeit, neue Methoden und den Wandel der Forschungskommunikation.

www.mpifg.de/forschungsprogramm

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der über achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spaltenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

Folgen Sie uns auf Bluesky

[@mpifg.bluesky](https://www.bluesky.social/@mpifg)

Folgen Sie uns auf LinkedIn

www.linkedin.com/company/mpifg



Vorschau 2026

Öffentliche Vorträge

Mittwoch, 7. Januar 2026, 16:30–18 Uhr

Are Limitarianism and Capitalism Compatible?

Ingrid Robeyns, Utrecht University

Mittwoch, 21. Januar 2026, 16:30–18 Uhr

How Mainstream Parties Fight Back Against Extremists: Explaining the Choice Among Strategies of Democratic Defense

Isabela Mares, Yale University



Max Planck Online Workshop in Comparative Political Economy (MAX CPE)

Eine Online-Seminar-Reihe in Vergleichender Politischer Ökonomie, organisiert vom Forschungsbereich „Politische Ökonomie“ am MPIfG. Die Workshop-Sprache ist Englisch.

www.mpifg.de/max-cpe-workshop-series

MPIfG Lectures zum Nachhören

Öffentliche Vorträge und weitere Beiträge des MPIfG als Audio- und Video-Podcast

www.mpifg.de/podcasts

Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG

www.mpifg.de/veranstaltungen